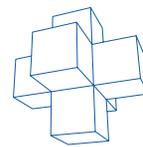


FDP
Die Liberalen



SCHWEIZER FREISINN

Aus den Kantonen Abstimmungen	2 9/23	Feriererlebnisse FDP International	12/13 14	Interview Fraktion	16/17 18/19	Minder-Initiative Unter Freisinnigen	20 22
----------------------------------	-----------	---------------------------------------	-------------	-----------------------	----------------	---	----------

34. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen

Inhalt

FDP-Forum

Am 24. August trafen sich in Bern über 100 Vertreterinnen und Vertreter von Ortsparteien zum FDP-Forum. Die grosse Bereitschaft, sich für die FDP einzusetzen zu wollen und mit Elan, Mut und Verstand die liberalen Werte in die Öffentlichkeit zu tragen, war durchwegs spürbar. Ein Anlass, der motiviert und seine Fortsetzung finden wird.

Seite 7

Schweizer Werte erleben

Beim Besuch der Swisscoy-Truppen im Kosovo erlebte Nationalrat Christian Wasserfallen die wertvollen Dienste, die Schweizer Soldaten in dieser instabilen Region leisten. Der FDP-Vizepräsident berichtet, welche Eindrücke er von dieser Reise mitnahm. Die hohe Arbeitslosigkeit und die immer noch sichtbaren Kriegswunden prägen die Region auch Jahre nach dem Krieg noch immer.

Seiten 11

Keine Sippenhaftung

Der Bundesrat will weiterhin an Wiederholungskursen für Neulenker festhalten und zwingt so Junglenkern eine grosse finanzielle Bürde auf. *FDP. Die Liberalen* kämpft mittels E-Petition, Facebook-Aktion und parlamentarischem Vorstoss für die Aufhebung dieser überflüssigen Kosten. Lesen Sie, warum diese Kurse ausser hohen Kosten für die Beteiligten kaum einen Mehrwert besitzen.

Seite 15

Im Gedenken an Otto Ineichen

«Ein Tag ohne Otto ist ein langweiliger Tag»

Tief betroffen musste die *FDP. Die Liberalen* Abschied nehmen von einem einzigartigen und aussergewöhnlichen Politiker und guten Freund.

Für Parteipräsident Philipp Müller verlor unsere Partei damit ein Aushängeschild und ein Vorbild für den offenen, direkten und herzlichen Umgang mit der Bevölkerung. Seine vielen Ideen, sein Tatendrang und seine unkonventionelle Art machten Otto Ineichen zu einem Unikat. Der Schweizer Freisinn nimmt Abschied von Otto Ineichen und zollt einem allseits geschätzten und geachteten Politiker Respekt.

Otto Ineichen war seit 2003 Nationalrat des Kantons Luzern. Er rief Projekte wie Speranza ins Leben, mit welchen er vielen Jugendlichen eine berufliche Perspektive eröffnete. Erst im April 2012 begann mit der Eröffnung der ersten Krippe sein neuestes Projekt Sperantino.

Seite 18



Otto Ineichen

FDP nach 16 Jahren wieder im Churer Stadtrat

Die FDP Chur kann auf erfolgreiche Stadt- und Gemeinderatswahlen zurückblicken. Nach 16 Jahren ist sie wieder in der Exekutive der Bündner Hauptstadt vertreten und stellt dort ab kommendem Jahr mit Urs Marti auch gleich den Stadtpräsidenten.

Thomas Hobi, Kommunikationsverantwortlicher FDP Stadt Chur

FDP-Kandidat Urs Marti wurde am 17. Juni 2012 glanzvoll und als einziger neuer Kandidat im ersten Wahlgang in den dreiköpfigen Churer Stadtrat gewählt. Drei Wochen später wählten ihn die Churerinnen und Churer im zweiten Wahlgang zusätzlich zum Stadtpräsidenten. Marti erzielte 184 Stimmen mehr als die bisherige SP-Stadträtin Doris Caviezel-Hidber, die ebenfalls für das Stadtpräsidium kandidierte. Der Unternehmer und Grossrat konnte in den Präsidiumswahlen auf die geschlossene Unterstützung der bürgerlichen Parteien zählen.



Gemeinderats- und Schulratssitze erfolgreich verteidigt

Bei den Gemeinderatswahlen konnten drei der vier Sitze verteidigt werden. Mit Franco Lurati, Dominik Infanger

und Adrian Müller wurden drei Bisherige wiedergewählt. Im 21 Sitze zählenden Stadtparlament haben jetzt alle bürgerlichen Parteien je drei Sitze, womit die FDP nun mit der glücklichsten

Stadtpräsidiumswahl stärkste bürgerliche Partei im Churer Rathaus ist. Auch die drei Schulräte Claudia Bundi, Martin Michel und Andrea Darms wurden allesamt glanzvoll bestätigt.

Intensivster Wahlkampf aller Parteien

Die FDP Chur hat im von Grossrätin Vera Stiffler geführten Wahlkampf auf die Strassenaktion «Khusch zum Khafi?» gesetzt. Diese ermöglichte es der Bevölkerung, direkt mit den Kandidierenden ins Gespräch zu kommen. Eine klare Werbekampagne, zahlreiche Veranstaltungenbesuche und eine intensive Leserbriefplanung haben den Wahlkampf abgerundet.

Die Stellung als stärkste Kraft ausbauen

Sehr gute Wahlen in diversen Städten zeigen, dass die FDP weiter auf Kurs ist und dass die wertvolle Arbeit der kommunalen und kantonalen Politikerinnen und Politiker geschätzt und honoriert wird.

*FDP.*Die Liberalen gratuliert den Gewählten herzlich zu ihren guten Ergebnissen und wünscht ihnen in ihrem Amt viel Erfolg, Freude, Mut und Verstand. Die erfreulichen Resultate motivieren für die anstehenden Wahlen in anderen Kantonen und zeigen, über welch qualifizierte, engagierte und tatkräftige Politikerinnen und Politiker die FDP verfügt.

Am 26. August wurde in Winterthur Barbara Günthard-Maier im zweiten Wahlgang gewählt und verteidigte so erfolgreich den zweiten Sitz der FDP in der Regierung der zweitgrössten Stadt des Kantons Zürich.

Auch in Schaffhausen fanden am 26. August Regierungsratswahlen



Neues Mitglied der Regierung von Winterthur: Barbara Günthard-Maier.

statt. Mit Christian Amsler und Reto Dubach ist die FDP auch in der Stadt unter dem Munot weiterhin mit zwei Vertretern sehr präsent. Die beiden Bisherigen verteidigten ihre Sitze sou-



Erfolgreich im Amt bestätigt: Christian Amsler und Reto Dubach.

verän, Christian Amsler erzielte mit 14870 Stimmen das beste Resultat.

Der Wahlkampf um Sitze im Regierungsrat ist noch in diversen Kantonen im vollen Gange. So treten für die FDP



in Basel Baschi Dürr und Christoph Haller an, im Aargau kandidiert Stefan Attiger, und im Kanton Solothurn streben Remo Ankli und Ester Gassler nach einem Sitz in der Regierung.

Das Generalsekretariat unterwegs

Die FDP im Fluss

Die Bedingungen für den diesjährigen Büro-Ausflug des Generalsekretariats hätten besser nicht sein können. Und so tauschte das Generalsekretariat am 15. August bei perfektem Wetter das Büro gegen eine etwas luftigere und feuchtere Umgebung und liess sich in grossen Schlauchbooten von Thun nach Bern

treiben. Nach mehreren Stunden auf der Aare – inklusive mehr oder weniger freiwilligen Schwimmlektionen, Stromschnellen und Ruderwettkämpfen – liess das Generalsekretariat den Abend beim Grillen im bernischen Freibad Eichholz ausklingen.



Sportliche Tätigkeiten im Tessin



Fulvio Pelli lud am 18. und 19. August die Mitarbeiter des Generalsekretariats ins Tessin ein. Am Samstag begrüsst uns Fulvio bei bestem Wetter am Bahnhof in Airolo, und uns war klar, dass es ein tolles Wochenende werden würde. Beim Haus angekommen wurden wir von Claudia herzlich empfangen. Im Garten vor dem Haus tobten sich die Jungs aus und kämpften unerbittlich um jeden Ball, wobei die Platzverhältnisse den einen oder anderen ins Straucheln brachten. Auch die Damen zeigten sich kämpferisch und bewiesen beim Ping Pong sportliches Geschick. Am späteren Abend sorgte der Grillmeister für fantastische

Grilladen, und auch die Vegetarier unter uns kamen nicht zu kurz. Mit einem Glas Grappa liessen die Jasskönige den angenehmen Abend ausklingen. Der Sonntag begann mit einer Wanderung zum Lago di Prato. Schon früh zogen die Schnellsten vorne weg. Angeführt von Nadja und Stefan, erreichte die Gruppe den Bergsee innert zwei Stunden. Dort bewies unser Generalsekretär wahre Führungskraft und sprang als Erster ins kühle Nass. Ein schönes Wochenende neigte sich leider viel zu schnell dem Ende zu.

Veranstungshinweis

Mehr Wettbewerb statt intransparenter Förderung und Finanzierung

«Warum die Schweizer Infrastrukturversorgung weniger Staat und mehr Wettbewerb braucht.» Eine aus liberaler Sicht verlockende Fragestellung. Doch ist das so einfach? Die FDP Service Public will dieser Frage auf den Grund gehen und lädt am 18. September in Liebfeld bei Bern zur Diskussion ein.

Im Februar 2012 veröffentlichte Avenir Suisse eine Studie unter dem Titel «Mehr Markt für den Service Public». Der Verfasser der Studie, Urs Meister, Projektleiter und Mitglied des

Kaders bei Avenir Suisse, wirbt in seinem Buch für die Einführung von wettbewerblichen Bedingungen und privaten Unternehmen als Marktteilnehmer im Bereich des Service Public.

Seine Studie kommt zum Schluss, dass mehr Markt und mehr Privateigentum mehr Wohlstand bringen, ohne dass das politische Ziel einer flächendeckenden und hochstehenden Infrastrukturversorgung darunter leiden würden. Doch ist dies wirklich so einfach umsetzbar?

An der nächsten Veranstaltung der FDP Service Public wird Urs Meister Rede und Antwort stehen. Er wird seine Ideen für eine Roadmap für die Schweiz präsentieren und sich den kritischen Fragen des Publikums stellen. Die Veranstaltung bietet die optimale Gelegenheit, mit einem Fachmann über die Zukunft des Service Public der Schweiz zu diskutieren.

Wird die schweizerische Infrastrukturversorgung wirklich durch eine intransparente und häufig extensive Förderung und Finanzierung von staatlicher Seite zum Spielball der Politik? Riskieren wir durch eine Liberalisierung des Marktes einen Rückgang der Qualität im Service Public? Wie viel und welche Infrastruktur muss der Staat zur Verfügung stellen und wo

Veranstungshinweis

Dienstag, 18. September 2012

Referat von Urs Meister, Avenir Suisse, zum Thema: «Mehr Markt für den Service Public»

ab 18.15 Uhr im Restaurant Landhaus in Liebfeld b. Bern, Schwarzenburgstrasse 134

Anmeldungen bis am 11. September 2012 an leuenberger@fdp.ch

Boccia-Abend an der Aare



Was in der Theorie – die grosse Kugel muss möglichst nah an die Kleine – so einfach klingt, erwies sich für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Boccia-Abends der FDP Service Public als unterhaltsame Herausforderung. Bei perfektem Wetter und in einer schönen Anlage an der Aare in Bern liess die Beamtenvereinigung der FDP die Kugeln rollen und versuchte sich in dieser gemütlichen Sportart. Unterhaltssame und angeregte Diskussionen begleiteten den Apéro und das abschlies-



sende Nachtessen. Alle Beteiligten genossen den ruhigen, fast politfreien Abend und freuen sich auf die nächste Ausgabe des Boccia-Abends 2013.

kann ein Wettbewerb sogar für höhere Qualität zu tieferen Preisen führen? Die Studie von Avenir Suisse und Urs Meister zeigt auf, dass eine Öffnung des Service Public hin zu mehr Wettbewerb durchaus machbar und im Sinne der Nutzer wäre. Gleichzeitig verweist die Studie aber auch auf die enge Verknüpfung von vermeintlichen Standortvorteilen dank eines subventionierten Service Public. Für intensive und spannende Diskussionen ist mit dieser Ausgangslage garantiert gesorgt.

Frischer Wind in die Berner Stadtregierung

Die FDP Service Public freut sich über die Nomination von Alexandre Schmidt als Stadtpräsidentenkandidaten der FDP Stadt Bern. Als Direktor der eidg. Alkoholverwaltung ist Alexandre Schmidt bereits seit mehreren Jahren aktives Mitglied der FDP Service Public. «Wir unterstützen die politischen Ambitionen unserer Mitglieder gerne und sind überzeugt, dass Alexandre mit seinem grossen Engagement viel bewegen kann», so

Beat Schlatter, Präsident der FDP Service Public.

Alexandre Schmidt setzt sich vor allem dafür ein, dass die Stadt Bern vermehrt zu einem attraktiven Standort für Unternehmen wird und so Arbeitsplätze generiert. Im Kampf um das Präsidentschaftsamt betont der 42-Jährige, dass die Zeit für einen Generationen- und Sesselwechsel überfällig sei. Mit einem liberalen Urschrei will er Bern erobern.

Kein vorausseilender Gehorsam gegenüber Frankreich

Die Meldung über ein neu ausgehandeltes Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich stösst bei den Jungfreisinnigen auf Unverständnis und Ablehnung.

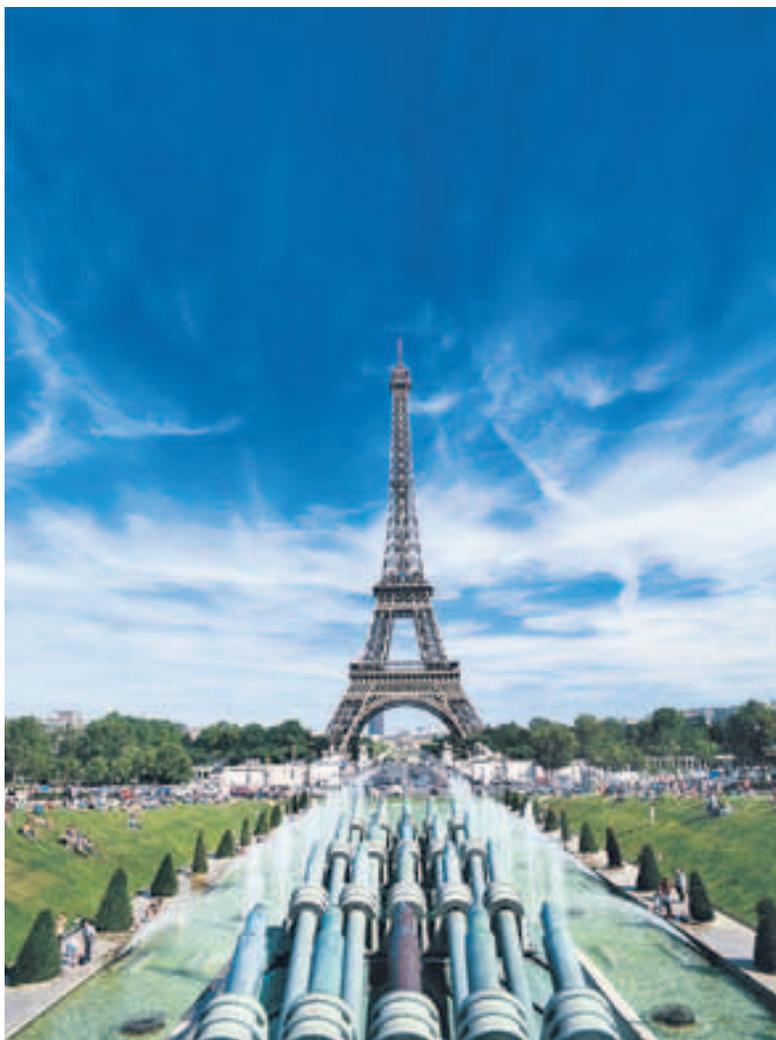
Maurus Zeier, Co-Präsident

Just nach Publikation der ersten Meldungen in den Westschweizer Medien haben die Jungfreisinnigen Schweiz reagiert und das geplante Steuerabkommen mit Frankreich scharf kritisiert. Zu Recht, wie sich nun herausstellt. Das geplante Erbschaftssteuerabkommen soll Frankreich nämlich ermöglichen, in der Schweiz lebende französische Erben ebenso wie alle Nachkommen von Schweizern in Frankreich zu besteuern.

Sowohl rund 150 000 Franzosen in der Schweiz als auch rund 170 000 in Frankreich lebende Schweizer wären von diesem Abkommen direkt betroffen. Mit dem mit Frankreich geplanten Abkommen würde die Schweiz nicht nur ein einseitiges Abkommen zu Gunsten Frankreichs abschliessen, das Abkommen wäre eine eigentliche Einladung für andere Staaten, dieselben Abkommen von der Schweiz zu fordern. Die damit verbundenen Folgen für unser Land wären verheerend. Es gilt daher, hier einen Riegel zu schieben, bevor ein Präjudiz-Fall geschaffen wird.

Vorausseilender Gehorsam

Ohne direkten Handlungsbedarf hat das Finanzdepartement also ein neues Abkommen mit Frankreich verhandelt. Zwar, so hat der Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben Christophe Darbellay bestätigt, habe Frankreich am 28. Juli mit der Kündigung des bestehenden Abkommens gedroht; dieser Drohung haben unsere westlichen Nachbarn jedoch keine Taten folgen lassen. Mussten sie auch nicht, denn der vorausseilende Gehorsam von Bundespräsidentin und Finanzministerin Widmer-Schlumpf bewirkte, dass von Seiten der Schweiz umgehend Verhandlungen aufgenommen wurden. Anstatt eine allfällige



Kündigung von Seiten Frankreichs abzuwarten und dadurch die Möglichkeit zu erhalten, in Ruhe und gut überlegt ein neues Abkommen verhandeln zu können, droht die proaktive Taktik der Finanzministerin zum Fiasko für die Schweiz und insbesondere für die Romandie zu werden. Wie die kantonalen Finanzdirektoren zu Recht festgestellt haben, bedroht das Abkommen nicht weniger als die Steuerhoheit der Schweiz. Es wäre nicht das erste Mal, dass Bundesrätin Widmer-Schlumpf mit offenem Visier über die Grenzen stürmt und wichtige Stand-

ortvorteile der Schweiz leichtfüssig aufs Spiel setzt.

Vorsichtige Zuversicht

Doch da spielen die Jungfreisinnigen nicht mit und halten die Werte der Schweiz hoch. Es gibt keinerlei Gründe, weshalb unser Land ohne jegliche Gegenleistung französisches Recht übernehmen und gleichzeitig wichtige Standortvorteile über Bord werfen soll. Die Schweiz ist bekannt für ihre Verhandlungsgeschicke und die stetige und überlegte Entwicklung in die richtige Richtung. Doch unüberlegte und

vorausseilende Aktivitäten bedrohen das gute und bewährte Geschick der Schweiz. Es gilt längst nicht mehr als Schwarzmalerei, wenn man diese Fähigkeiten der Schweiz in Frage stellt. Leider gibt es dazu genügend gute Gründe. Dennoch ist Zuversicht nicht fehl am Platz. Am 14. August 2012 hat die Kommission für Wirtschaft und Abgaben die Bundespräsidentin zum angesprochenen Abkommen mit Frankreich befragt. Die Kommission kommt mehrheitlich zum Schluss, lieber kein Abkommen als ein schlechtes zu wollen. Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf wäre gut beraten, bei künftigen Verhandlungen das Visier zu schliessen.

Jungfreisinniger Showdown in Bern

Am 8. September 2012 treffen sich die Delegierten der Jungfreisinnigen Schweiz zum nächsten Delegiertenrat.

Mit dem Raumplanungsgesetz sowie mit den Steuerabkommen mit Deutschland, Österreich und Grossbritannien stehen zwei absolute Top-Themen auf dem Programm. Als Hauptreferenten begrüssen die Jungfreisinnigen Nationalrat Ruedi Noser aus Zürich, welcher zu den Referenden gegen die Steuerabkommen sprechen wird. Weiter wird am Delegiertenrat in Bern entschieden, wo die Hauptversammlung, der Kongress, der Jungfreisinnigen Schweiz, 2013 stattfinden wird. Mit Lausanne, Luzern und St. Gallen bewerben sich gleich drei Schweizer Städte als Austragungsorte. Intensive Diskussionen sind also garantiert. Wie üblich wird aber auch das Gesellige nicht zu kurz kommen.

FDP.Die Liberalen Frauen

Wir wollen keine Sonderlösungen

Claudine Esseiva,
Generalsekretärin
FDP.Die Liberalen Frauen

Die Chancengleichheit zwischen Mann und Frau ist bei weitem noch nicht erreicht. Noch immer hat es zu wenige Frauen in den Machtpositionen, noch immer müssen wir uns allzu oft zwischen Karriere und Familie entscheiden, da es zu wenige Betreuungsangebote und Teilzeitstellen hat. Noch immer sind die vordefinierten Geschlechterrollen des Ernährers und der Hausfrau und Mutter allgegenwärtig. Noch immer sind es vor allem die Frauen, die das Sorgerecht für die Kinder bekommen, und die Männer bleiben aussen vor und werden auf das Zahlen der Alimente reduziert. Alle reden von Witwenrenten, aber niemand spricht von einer Witwerrente. Sie sehen – die Chancengleichheit betrifft Frauen und Männer.

Der Feminismus, den wir FDP.Die Liberalen Frauen vertreten, will für die Frauen die gleichen Rechte wie für Männer. Ich will als Frau keine Sonderlösung, sondern gleich lange arbei-

ten wie Männer, gleich viel verdienen wie die Männer – ich will die gleichen Rechte und Pflichten. Dabei ist mir als Feministin wichtig, dass ich kein Opfer bin, sondern eine selbstbewusste und selbstbestimmte Person. Denn die Vision einer liberalen Gesellschaft basiert auf dem Gedanken, dass Frauen und Männer selbstbestimmt und freiheitlich über ihr Leben entscheiden. Das bedingt, dass wir uns auf Augenhöhe begegnen und gemeinsam das Zusammenleben gestalten.

Wenn soziale Errungenschaften wie das Nachtarbeitsverbot von der SP her verteidigt werden, verstehe ich das sehr gut. Nur soll es auch dementsprechend deklariert sein, als sozialpolitische Forderung und nicht als gleichstellungspolitische Forderung.

Gesellschaftlicher Wandel

Die Gesellschaft ändert sich – zum Glück (!). Dass wir dabei die vorherrschenden Geschlechterrollen überdenken müssen, ist klar. Männer kämpfen für ihre Rechte, wie wir Frauen für unsere. Dass sich Männer z. B. für das gemeinsame Sorgerecht eingesetzt ha-



Wie definieren wir unsere Geschlechterrollen?

ben, ist gut. Denn es zeigt, dass ihnen die Familie und ihre Kinder wichtig sind, dass sie Verantwortung übernehmen und ihre Vaterrolle aktiv leben wollen. Das kann doch nur in unserem

Sinne sein. Diese Debatte an die Unterhaltspflicht zu knüpfen, ist falsch, denn die wirtschaftliche Unabhängigkeit ist ein anderes Thema. Und hier tragen wir Frauen eine grosse Verantwortung, uns die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu wahren.

Pornografie

Eine Mehrheit der Jugendlichen kommt via Internet mit Pornografie in Berührung. Dies ist eine Tatsache. Nun haben wir die Wahl, es zu verteufeln und zu verbieten oder einen aufgeklärten Umgang damit zu haben. Markus Theunert von Männer.ch plädierte dafür, dass in der Sexualkunde das Thema aktiv angegangen werden kann, ohne dass eine Lehrerin oder ein Lehrer sich strafbar macht. Ihm nun zu unterstellen, er fordere Pornos an den Schulen und verachte Frauen, ist respektlos und falsch. Als Frau ist es mir ein Anliegen, dass wir offen über Sexualität reden können – und da gehören Pornos dazu.

Die Chancengleichheit geht uns alle etwas an – engagieren wir uns selbstbewusst und selbstbestimmt dafür.

Fünf Fragen an...

Nicole Lieberherr, Präsidentin FDP Frauen Kt. Zürich, Treuhänderin



Nicole Lieberherr

Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?

Vor zwei Jahren habe ich eine Biografie über Johann Melchior Kubli, einen

Politiker in der Zeit der Helvetik, publiziert. Über einen Politiker schreiben kann man nur, wenn man die Politik versteht, war mein Motto. Während der Recherchen packte mich nicht nur die Neugierde für die Politik, sondern auch die Freude daran. So ist der einstige helvetische Senatspräsident Kubli zu einem meiner politischen Vorbilder geworden.

Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?

Ihre Vielfalt.

Was war Ihr politischer Höhepunkt?

Im Jahr 2011 war ich für die Nationalratsliste des Kantons Zürich nominiert.

Ich habe bei der Kandidatur viele neue Erfahrungen gemacht, interessante Menschen kennengelernt und Freundschaften geknüpft. Es war ein anstrengender Wahlkampf, der sich letztlich aber gelohnt hatte. Insgesamt war es eine Bereicherung und mit den drei gutgemachten Plätzen auch ein grosser Erfolg.

Welchen Ratschlag geben Sie einer jungen Politikerin?

Trau dich! Gerade Frauen in meiner Generation – das Frauenstimmrecht in Zürich ist knapp älter als ich – können nicht von Müttern profitieren, die bereits politische Erfahrungen gemacht haben. Die Politik war jahrhundert-

lang ein Belang der Männer und trägt in ihren Umgangsformen maskuline Züge. Für Frauen ist das nicht einfach, wenn sie sich nicht einfach den Männern anpassen möchten, sondern ihren eigenen Stil in die Politik mitbringen wollen. Es braucht Mut und die Unterstützung der ganzen Partei. Denn gemeinsam sind wir stark.

Wenn beamen möglich wäre, wohin oder in welche Zeit ginge Ihre Reise?

Ich würde in die Mitte des 18. Jahrhunderts reisen, denn dahin haben mich die Recherchen für ein neues Buch gebracht, in welchem wiederum einflussreiche Politiker zu den Hauptfiguren gehören werden.

FDP-Forum

Von den anderen lernen – die anderen begeistern

Über 100 Vertreterinnen und Vertreter von Ortsparteien trafen sich am FDP-Forum in Bern zum regen Austausch. In den verschiedenen Workshops war die Motivation und das Engagement der Basis deutlich spürbar.

Eingeteilt in vier Gruppen, davon eine bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern aus der französischsprachigen Schweiz, absolvierten die Teilnehmenden am FDP-Forum vier Workshops zu den Themen «Medientraining», «Zurück auf die Strasse», «Medienarbeit von Ortsparteien» und «Austausch mit dem Parteipräsidium». Auf Grund seines kurzfristigen Auftritts in der «Arena» zum Thema Abgeltungssteuer konnte Parteipräsident Philipp Müller leider nur bei der ersten Gruppe am Austausch teilnehmen. Er wurde von Vizepräsident Christian Wasserfallen und Ständerat Joachim Eder hervorragend vertreten. Sie stellten sich den zahlreichen Fragen und Anregungen aus den Arbeitsgruppen und tauschten sich über das duale Bildungssystem und die Arbeitsweise der Fraktion aus. Auch die Bedeutung der Ortsparteien und Möglichkeiten zum parteiinternen Generationenwechsel und der Unterstützung junger Politiker wurden diskutiert.

Sich der Bevölkerung zeigen

Unter der Leitung von Nationalrat Andrea Caroni widmete sich ein Workshop der Erarbeitung guter Ideen zum verstärkten Kontakt der FDP mit der Bevölkerung. Die Diskussionen zeigten, dass der Parteiarbeit «auf der Strasse» noch einige Vorbehalte entgegen gebracht werden. Gute Erfahrungsberichte aus einigen Ortsparteien beginnen diese Skepsis aber zu lösen und zeigen, mit welcher kreativen und vielseitigen Ideen die FDP in der ganzen Schweiz auf sich aufmerksam macht. Andrea Caronis Appell «Persönliche Kontakte machen Spass, bringen Erdung, Bekanntheit und Stimmen» blieb nicht ungehört und regte sicherlich viele Ortsparteien an, sich



Aufmerksame Zuhörer beim FDP-Forum.



Der richtige Auftritt vor der Kamera will gelernt sein und erfordert das Beachten vieler Details.



Auch beim Apéro wurde intensiv diskutiert.

FDP-Forum:

Es ist uns ein Anliegen die Learnings des Forums allen zugänglich zu machen. Bitte melden Sie sich bei Interesse an den Ergebnissen unter schaller@fdp.ch. Gerne informieren wir Sie bereits heute über die Termine der FDP-Foren im 2013: Samstag, 2. März, Samstag, 21. September. Sep. Einladungen folgen.

vermehrt auch ausserhalb von Wahl- und Abstimmungskämpfen bei Dorf- und Stammtischrunden, Verteilaktionen und Sportanlässen zu zeigen.

Mit den Medien richtig umgehen

Den eigenen Anlass optimal zu vermarkten, die politische Botschaft kurz und knapp zu vermitteln oder Journalisten richtig zu betreuen – gleich zwei Workshops widmeten sich der Medienarbeit. Dabei wurde deutlich, dass nicht nur der richtige Auftritt vor der Kamera für den medialen Erfolg entscheidend ist, sondern auch die Vor- und Nachbereitung der Anlässe und Äusserungen. Ein guter Kontakt zu den lokalen Journalisten und attraktive Anlässe – etwa im lokalen KMU oder verbunden mit einer Wein-Degustation – ist dabei ebenso bedeutend wie die pointierte Formulierung der Medienmitteilung-Schlagzeile. Als grundlegende Schlussfolgerung der Workshops kann festgehalten werden, dass die Präsenz in lokalen Medien kein Zufallsprodukt ist, sondern durch gute Vorarbeit und die richtigen Kontakte beeinflusst werden kann.

Die FDP lebt

Die grosse Teilnahme, die angeregten Diskussionen und die konstruktive und motivierende Stimmung am FDP-Forum zeigen es: Die FDP lebt – und wie! Engagierte, kreative und begeisterte Politikerinnen und Politiker sind das Rückgrat der FDP. Sie sind Garant dafür, dass der Freisinn weiterhin am meisten Parlamentarier auf kantonaler Stufe und in den Gemeinden stellt. Mit ihrem täglichen freiwilligen und ehrenamtlichen Einsatz sorgen sie dafür, dass die liberalen Werte gelebt werden. Dafür herzlichen Dank!

Regierungsrats-Treffen

Als stärkste Kraft in der Verantwortung

Asylpolitik, Energiewende und die Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung hiessen die Themen des diesjährigen Regierungsrats-Treffens in Bern.

Rund ein Drittel der 47 kantonalen Regierungsräte folgte der Einladung der *FDP.Die Liberalen Schweiz* und traf sich am 24. August in Bern zum Austausch. Departementsspezifisch diskutierten die Regierungsrätinnen und Räte über so unterschiedliche Themen wie die Energiestrategie, die Sicherheitspolitik, die Unternehmenssteuerreform III oder die Weissgeldstrategie. Der Erfahrungsaustausch war dabei ebenso bedeutend wie die

Vermittlung der Haltung der Fraktion. Gemeinsam wurden Themen bearbeitet, Ideen kreiert und Vorstösse erarbeitet. Selbstverständlich kam auch der gesellschaftliche Aspekt nicht zu kurz.

Die Verantwortung wahrnehmen

Für viele Regierungsräte bot das Treffen die Gelegenheit, sich mit Parteipräsident Philipp Müller auszutauschen. In seiner Ansprache betonte



Philipp Müller begrüsst die Regierungsräte am Treffen in Bern.



Ursula Gut (ZH) und Olivier Feller (VD) verfolgen die Ausführungen zur Weissgeldstrategie.



Angeregte Diskussionen zum Thema Energie: Robert Küng (LU), Christian Wasserfallen (BE) und Sabine Pegoraro (BL).



Trotz grosser Hitze diskutierten die Regierungsräte angeregt und intensiv.

Philipp Müller denn auch, wie wichtig der enge Kontakt zur kantonalen Exekutive ist. Die FDP stellt seit Jahren die Mehrzahl der Regierungsräte und ist somit massgebend an der Politik der Kantone beteiligt. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, ist eine gute Abstimmung untereinander ebenso wichtig wie das Wissen, auf welchem Stand sich die politischen Diskussionen in den einzelnen Landesregionen befinden. Es ist der FDP daher ein grosses Anliegen, den Wissens-

transfer zwischen kantonalen Regierungsräten, nationalen Parlamentariern und der Parteispitze zu fördern. Das Treffen der Regierungsräte in Bern bot genau eine solche Möglichkeit, allfällige Probleme oder aufkommende Thematiken mit Gleichgesinnten zu besprechen. Des Weiteren diente der Austausch mit den nationalen Vertretern aus National- und Ständerat zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses und lieferte den nationalen Parlamentariern wertvolle Inputs.

FDP:Die Liberalen sagt NEIN zur Initiative «Für sicheres Wohnen im Alter»

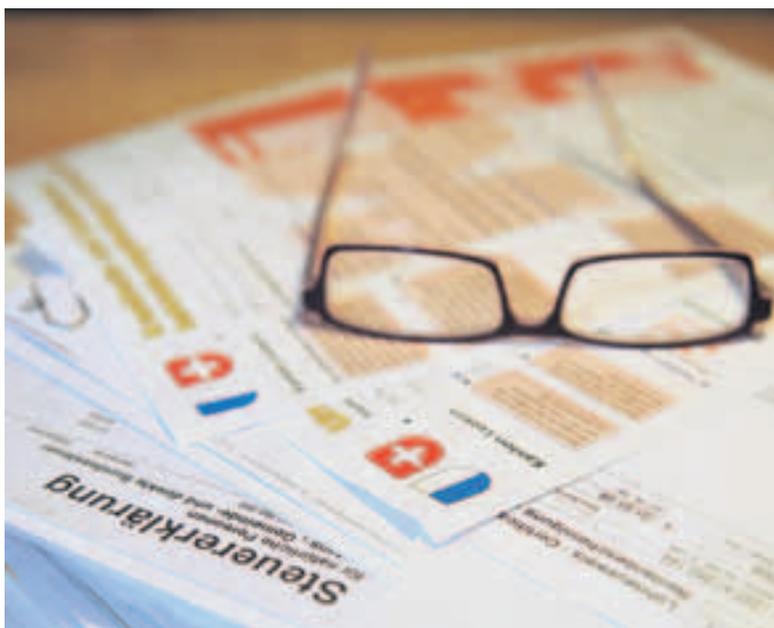
Keine Ungleichbehandlung verschiedener Generationen



Mit einer deutlichen Mehrheit hat die Präsidentenkonferenz am 22. Juni beschlossen, die Initiative «Für sicheres Wohnen im Alter» zur Ablehnung zu empfehlen. Mit diesem Entscheid stimmen die kantonalen Präsidentinnen und Präsidenten mit dem Bundesrat und dem Ständerat überein, welche die Initiative ebenfalls ablehnen.

Ungleichbehandlung der Generationen

Rentnerinnen und Rentner sollen künftig wählen dürfen: Entweder versteuern sie den Eigenmietwert als Einkommen und ziehen die Hypozinsen und den Unterhaltsabzug ab (wie bisher). Oder sie entscheiden sich neu einmalig beim Eintritt ins AHV-Alter dafür, den ungeliebten Eigenmietwert nicht mehr zu versteuern, dafür aber keine Abzüge für Zinsen und Aufwände mehr anzugeben. Diese Beschränkung der Abzugsmöglichkeit des Eigenmietwerts sorgt für eine Ungleichbehandlung der Generationen. Während Haus- und Wohnungsbesitzer im AHV-Alter den Eigenmietwert nicht mehr versteuern



Eindämmung des Papierberges – durch die Initiative «Für sicheres Wohnen im Alter» steigt die Bürokratie bei der Steuerverwaltung.

müssen, wird jungen Besitzern von Wohneigentum dieses Recht nicht gewährt. Dies stellt eine weitere Belastung des Generationenvertrages dar, welcher von den jungen Bevölke-

rungsschichten kaum akzeptiert werden dürfte.

Das bereits heute sehr komplexe Steuerrecht würde bei einer Annahme der Initiative nicht nur durch die unter-

schiedliche Besteuerung von jungen und älteren Wohneigentümern verkompliziert. Die Tatsache, dass Besitzer von Wohneigentum im AHV-Alter über dieses einmalige Wahlrecht entscheiden müssen, führt zu grossen Mehraufwänden für die Steuerverwaltung. Mehr unnötige Bürokratie, eine Aufblähung der Steuerverwaltung und mögliche juristische Keilereien wären die logische Folge. Dies steht im absoluten Gegensatz zu den Bestrebungen der FDP, das Steuersystem zu vereinfachen.

Die Initiative würde ausserdem zu Steuerausfällen bei der Bundessteuer von jährlich mindestens 250 Millionen Franken führen, und bei Kantons- und Gemeindesteuern werden etwa 500 Millionen Franken weniger eingenommen werden.

FDP:Die Liberalen setzt sich aber seit Jahren dafür ein, dass das fiktive Einkommen des Eigenmietwerts generell nicht mehr versteuert werden muss. Bisher wurde man leider regelmässig von anderen bürgerlichen Parteien im Stich gelassen.

FDP:Die Liberalen sagt NEIN zum Bundesbeschluss über die Jugendmusikförderung

Keinen Eingriff in die Kernaufgaben der Kantone und Gemeinden



Der am 23. September zur Abstimmung gelangende Bundesbeschluss über die Jugendmusikförderung ist der direkte Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Jugend + Musik», welcher von den Initianten zurückgezogen wurde. Die Präsidentenkonferenz der FDP lehnt den Gegenvorschlag als einen zu grossen Eingriff in die Hoheitsgewalt der Kantone und Gemeinden ab. Das Schulwesen, inkl. der wichtigen Förderung des Musizierens und speziell musikalisch begabter Jugendlicher, ist

eine der Kernaufgaben der Kantone und Gemeinden. Die Annahme des Bundesbeschlusses über die Jugendmusikförderung würde den Föderalismus einschränken und die Kantonsouveränität untergraben.

Funktionierende Handhabung soll bestehen bleiben

Aktuell funktioniert die kantonale Handhabung der musikalischen Förderung und Regelung des Musikunterrichts einwandfrei. Die Annahme des

Bundesbeschlusses greift unnötigerweise in die Handlungsfreiheit der Kantone ein und verhindert so die Berücksichtigung lokaler Gegebenheiten und Schulsysteme. Auch macht eine Festlegung der Musikstunden in der Bundesverfassung keinen Sinn, die Schulen wissen am besten, wie viele Lektionen sie für den Musikunterricht aufwenden können. Sie sollen deshalb in dieser Handlungsfreiheit nicht von der Verfassung bevormundet werden.



Die musikalische Förderung soll weiterhin kantonal geregelt werden.

«Prävention lohnt sich eindeutig»

Herr Eder, in knapp einer Woche beginnt Ihre vierte Session als Ständerat. Davor waren Sie während zehn Jahren Regierungsrat des Kantons Zug im Vollzeitamt. Ist es eine grosse Umstellung, nun jeweils während vier mehrwöchigen Sessionen Entscheide zu treffen und Traktanden zu wälzen und dazwischen frei zu haben?

Ja, es ist etwas ganz anderes. Regierungsrat und Gesundheitsdirektor waren mein Beruf, der mich in jeder Beziehung voll beanspruchte und bei dem ich auch Mitarbeitende zu führen hatte. Als Ständerat habe ich ein Mandat im Parlament, das etwa 70 Prozent meiner Arbeitszeit ausfüllt. Da ich Mitglied fünf ständiger Kommissionen und Vizepräsident der Delegation für die Beziehungen zum Deutschen Bundestag bin, gibt es jedoch genug zu tun. Viel passiert zwischen den Sessionen: So hatte ich beispielsweise in den zehn Wochen vor Pfingsten insgesamt 27 (!) mehrstündige Kommissionssitzungen. Es ist mir also kaum langweilig, auch wegen des intensiven Aktenstudiums nicht.

Bereits in Ihrer zweiten Session reichten Sie im Februar 2012 einen



Joachim Eder

Vorstoss ein, in dem Sie fordern, dass die Gutachten der eidg. Natur- und Heimatschutzkommission bei der Erhaltung von Schutzobjekten nicht höher gewichtet werden dürfen als kantonale öffentliche Interessen. Haben Sie keine Angst, dass so ökologisch und touristisch wertvolle Gebiete verschandelt werden?

Nein! Eine nicht vom Volk legitimierte Kommission darf meines Erachtens zukünftig kein derartiges Gewicht mehr besitzen, insbesondere wenn kantonale Entscheidungen in einem demokratischen Prozess zu Stande gekommen sind. Gerade bei Energieprojekten, die den Ausbau der Wasserkraft, von Solaranlagen und der Windenergie zum Ziel haben, ist eine Güterabwägung unumgänglich. Kompromisslos den Atomausstieg zu fordern, ohne Eingeständnisse im Natur- und Heimatschutz einzugehen, bringt uns in der Energiefrage nicht weiter. Es ist nötig, Farbe zu bekennen, sonst ist der Wunsch nach erneuerbaren Energien ein reines Lippenbekenntnis.

Wären Sie bereit, in Ihrem Heimatkanton Windanlagen oder Geothermie-Bohrungen zuzulassen?

Ja, wenn sich unsere Region dafür eignet, warum nicht? Das St.-Florians-

Prinzip, d. h. alles zu befürworten, aber für nichts in der eigenen Umgebung Hand zu bieten, ist unglaubliche Politik! Es wäre ja durchaus ein erstrebenswertes Ziel, energetisch unabhängig zu werden, zum Beispiel im Ägerital, wo wir genügend Sonne und vor allem Wasser haben.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist Ihnen die Gesundheitsförderung. Sie

«Es ist nötig, Farbe zu bekennen!»

waren als Drogenberater tätig, waren bis Ende Februar Präsident des Stiftungsrates Gesundheitsförderung Schweiz und setzen sich aktiv für eine Gleichsetzung von physischen und psychischen Krankheiten ein. Werden wir ohne Gegenmassnahmen immer kränker?

Tatsache ist, dass ein krasses Missverhältnis herrscht zwischen dem finanziellen Aufwand für die reparative Medizin und den Massnahmen im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention. 2 Prozent sämtlicher Ausgaben der insgesamt 62 Milliarden Franken, die wir für unser Gesund-

lich um einiges grösser zu sein als früher: Überall ist der Leistungsdruck gestiegen, nicht nur am Arbeitsplatz. Auch die Familie bietet oft nicht mehr jene Stabilität, die als Ausgleich zum harten Berufsleben nötig wäre.

Sie kämpfen für eine Sensibilisierung beim Tabuthema Suizid. Wie erklären Sie sich, dass über organisierte Sterbehilfe gesprochen wird, das

Thema Suizid aber kaum diskutiert wird?

Das Thema Suizid ist um einiges komplexer als die Sterbehilfe, es wird zudem eindeutig verdrängt. Auch politisch kann man sich damit keine Lorbeeren holen. Ich verstehe dies nicht, nehmen sich doch in der Schweiz jährlich zwischen 1300 und 1400 Personen das Leben, fast viermal mehr, als Menschen auf unseren Strassen sterben. Über 90 Prozent der Betroffenen litten dabei an einer psychischen Störung. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich oft eine riesige menschliche Tragik. «Millionen für den Verkehr, kaum Geld für

«Das St.-Florians-Prinzip, d. h. alles zu befürworten, aber für nichts in der eigenen Umgebung Hand zu bieten, ist unglaubliche Politik!»

heitswesen brauchen, setzen wir für jenen Bereich ein, der mir so am Herzen liegt. Das ist eindeutig zu wenig. Prävention ist nicht nur äusserst kostengünstig, auch volkswirtschaftlich lohnt sich mittel- bis langfristig ein verstärkter Einsatz eindeutig. Das hat mittlerweile die Wirtschaft ebenfalls begriffen.

Immer öfter hört man von Depressionen, übermässigem Stress oder Burnout. Steigen die Gefahren für psychische Erkrankungen in der modernen Gesellschaft?

Das Risiko, psychisch krank zu werden, scheint mir gegenwärtig tatsäch-

lich die Suizidverhütung!» titelte kürzlich der «Beobachter». Recht hat er.

Kann man Suizide durch eine vermehrte öffentliche Aufmerksamkeit verhindern?

Wir haben in unserem Kanton seit 2003 erfolgreich mehrjährige, gezielte Aktivitäten unternommen und Strategien entwickelt, und zwar zusammen mit den Betroffenen: Strategien gegen die Depression, Massnahmen für die psychische Gesundheit und die Suizidprävention. Wir haben die Bevölkerung, speziell auch die Arbeitgeber sensibilisieren können. Es hat sich einiges bewegt. Das hilft sicher.

Joachim Eder

Am 5. Dezember 2011 wurde Joachim Eder als neuer Zuger Ständerat vereidigt. Der Nachfolger von Rolf Schweiger ist seit 33 Jahren verheiratet, Vater von vier erwachsenen Kindern und zweifacher Grossvater. In seinem angestammten Beruf als Sekundarlehrer bildete Joachim Eder während 26 Jahren über 700 Jugendliche aus. 19 Jahre war Eder Kantonsrat, zuletzt Fraktionschef, bevor er 2001 von der Zuger Bevölkerung zum Regierungsrat gewählt wurde. In den Jahren 2007 und 2008 war er Landammann des Kantons Zug. Joachim Eder wohnt in Unterägeri, träumt von einer Weltreise mit seiner Frau und hat als Hobbys Kultur, Journalismus und Sport.

Swisscoy- und EUFOR-Einsätze auf dem Balkan – beispielhaft und schweizerisch

**Christian Wasserfallen,
Nationalrat, Bern**

Die Zukunft des Swisscoy-Einsatzes im Kosovo ist nach Parlamentsbeschluss von 2011 bis 2014 gesichert. Das ist bitter nötig in einem Land, das vor allem im Norden überhaupt nicht stabil ist. Gerade dort übernahm die Schweiz per 1. Januar 2012 mit dem Kommando über das Joint Regional Detachment (JRD) Nord eine wichtige Aufgabe in der Koordination der Informationsbeschaffung. Ähnlich, aber weniger dramatisch stellt sich die Lage für unsere Soldaten im EUFOR-Kontingent in Bosnien dar. Das Land ist leider aufgrund krasser Versäumnisse und alter Verflechtungen nicht für eine prosperierende Zukunft aufgestellt.

Ja, der Schweiz ist es ernst mit der Stabilität im Balkan: Die Umsetzung der UN-Resolution 1244, wo unter Ziffer 13 zum Beispiel von einem «wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau» der Region die Rede ist, liegt uns am Herzen. Ein erneuter Konflikt in dieser Region ginge vor allem zu Lasten der Zivilbevölkerung. Neue Flüchtlingsströme über ganz Europa und in die Schweiz wären wieder die Folge davon. Schon heute leben übrigens über 170 000 Personen aus dem Kosovo in unserem Land. Damit wird deutlich, dass die Schweizer Asylpolitik sowieso nur glaubwürdig sein kann, wenn sie nicht ausschliesslich aus dem Glashaus geführt, sondern auch vor Ort ein Einsatz geleistet wird.

Als junger Parlamentarier gibt mir die Beschäftigungssituation in der Region schwer zu denken. Zwischen 40 Prozent bis zu 90 Prozent der Menschen sind arbeitslos – die Jungen insbesondere. Rosige Zukunftsperspektiven sind das nicht. Ich mache mir keine Illusionen. Die Stabilität im Balkan ist noch nicht hergestellt, verglichen mit 1999 aber markant besser.

Auch punkto Demokratie sind erst Anfänge vorhanden. Besonders ein-



Schön, dass es da im Hauptquartier der KFOR nahe Pristina sogar noch für ein «Swiss Chalet» Platz hat, wo die eine oder andere wärschafte Mahlzeit aus der Schweiz verspeist werden kann. Geranien und Bahnhofsuhr inklusive.



Offizielle 1.-August-Feier von Swisscoy in Prizren mit zahlreichen Gästen: Z. B. aus der Schweizer Botschaft in Pristina, der Kommandant KFOR Generalmajor Erhard Drews und Korpskommandant Dominique Andrey.



Christian Wasserfallen am Diskutieren mit einem deutschen und italienischen Offizier.

drücklich wirkt an dieser Stelle die Tatsache, dass Schweizer Bürgerinnen und Bürger in einem Jahr wahrscheinlich mehr abstimmen werden als Kosovarinnen und Kosovaren in ihrem ganzen Leben. Unter diesem Gesichtspunkt sind zirka 40 Prozent Stimmeteiligung in der Schweiz wirklich deprimierend. Wir sollten den roten Teppich der Demokratie wirklich vermehrt betreten.

Meine Reisen im Jahr 2000 nach Kroatien sowie 2008 in die Region Kroatien und Bosnien-Herzegowina haben mir schon früh einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Nicht nur Minenfelder, sondern viele Wunden sind bis heute vorhanden. Auf dem Weg z. B. nach Mostar ist denn auch immer noch viel Zerstörung sichtbar. Die herrschende Verehrung von Kriegsgenerälen zeigt, dass die Auseinandersetzung die Menschen immer noch tief bewegt. Viele haben zudem offenbar das richtige Heimatland noch nicht gefunden. Wie schön war die Eröffnungsfeier der Olympiade in London doch, wo alle Landsleute der Region stolz sein konnten auf ihr Land und seine Flagge.

Mit Swisscoy und der Beteiligung an EUFOR zeigt die Schweiz der EU und der internationalen Ebene klar, was ihr Stabilität wert ist. Wir sind nämlich kein Land der «Rosinenpicker». Nein, wir sind aktiv und halten unsere Werte Neutralität, Unabhängigkeit und Demokratie hoch. Davon sollen auch andere Länder und Regionen profitieren können, die in den Anfängen stecken und nicht auf Rosen gebettet sind. Konkrete Engagements wie Swisscoy, EUFOR sind klar besser als reine Diplomatie. Gleiches gilt z. B. auch für das NNSC-Engagement in Korea, das ich vor zwei Jahren besuchte. Es gibt wahrlich keinen besseren Ort, um so wunderbar aufzuzeigen, was die Schweiz ist, wie bei Swisscoy im Kosovo oder EUFOR in Bosnien. Schweizer Werte werden hier mit beispielhaftem Engagement aktiv vermittelt – Danke!

Nachdenklicher Besuch in Dachau

Wie jedes Jahr begannen meine Frau Klara und ich die Ferien mit dem alljährlichen Schwingfestbesuch auf dem Brünig mit unseren Söhnen und Freunden. Nach diesem herrlichen Bergfest ging es für eine Woche nach Deutschland. Den ersten Halt machten wir am Starnberger See in Berg im Allgäu. Am darauffolgenden Tag besuchten wir die Stadt München mit verschiedenen Sehenswürdigkeiten. Die Stadt gefiel uns sehr gut, sie ist gross und doch gut überschaubar. Die Innenstadt war einst das Stadtschloss der bayrischen Herzöge und Könige. Das Flanieren im Englischen Garten und der Besuch des Rathauses rundeten unseren interessanten Besuch ab. Und was wäre München ohne Bier? Das genossen auch wir.



Der anschliessende Besuch der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau machte uns sehr nachdenklich. «ARBEIT MACHT FREI» – so heisst es beim Toreingang in die Gedenkstätte. Jeder Gefangene wurde durch dieses Tor geschleust. Im März 1933 wurde dieses Lager für politisch Gefangene errichtet. Es diente als Modell für alle späteren Konzentrationslager und als Schule der Gewalt. Mit den zahlreichen Aussenlagern waren über 200 000 Menschen aus ganz Europa inhaftiert. Mehr als 41 500 von ihnen kamen grauhaft ums Leben. Die Bilder der Ausstellung liessen uns kalte Schauer über den Rücken

laufen. Am 29. April 1945 befreiten amerikanische Truppen die Überlebenden. Da kann ich nur hoffen, dass nie wieder so etwas Grausames wiederholt wird.

Die übrigen drei Tage verbrachten wir im bekannten Skiort Garmisch-Partenkirchen in der wunderschönen Bergwelt beim Wandern. Nach diesen eindrücklichen Tagen ging es zurück in die Schweiz. In den restlichen zwei Wochen war Wandern, Lesen und Faulenzen angesagt.

**Ihr Nationalrat
Albert Vitali, Oberkirch**



Zwischen Luxemburgerli und Englisch lernen

Meine Sommerferien begannen anders als geplant. Ich bekam spontan einen zweiwöchigen Ferienjob in der Firma Sprüngli in Dietikon. Dort arbeitete ich in der Produktion der Luxemburgerli, was einerseits anstrengend, aber doch auch lehrreich war. Für mich als Schülerin, die das ganze Jahr Bücher lesen und Texte auswendig lernen muss, war es eine Freude, einen Einblick in die Arbeitswelt zu bekommen.

Einen Tag nach meinem letzten Arbeitstag flog ich nach Dublin, wo ich einen Sprachaufenthalt machte. Schon der erste Tag wurde zum Erlebnis. Eine Passagierin, die ebenfalls von Zürich nach Dublin flog, und ich vertauschten die Koffer. Ersichtlich wurde das leider erst, als ich schon bei meiner Gastfamilie war und die Frau mich anrief. Nach einer Reise zurück zum Flughafen und zwei Stunden Warten auf meinen Koffer, der von der Frau in der Ankunftshalle liegengelassen wurde, konnte mein Sprachaufenthalt endlich richtig beginnen.

Ich lebte bei einem pensionierten Ehepaar in dem Vorort Raheny, das nördlich von Dublin liegt. Zur gleichen Zeit wie ich lebten zwei weitere Studentinnen in der Familie. Während der Woche hatte ich morgens Gruppenkurs und Dienstag- und Donnerstagnachmittag zusätzlich Einzellektionen. Obwohl der 1:1-Kurs extrem intensiv und anstrengend war, machte er mir am meisten Spass, denn ich konnte die Themen selbst auswählen, und so wurde über Geschichte, Biologie und natürlich auch Politik diskutiert und gesprochen.



An meinem einzigen Wochenende besuchte ich mit Freunden, trotz anhaltendem schlechten Wetter, das kleine Fischerdorf Howth und die Kleinstadt Bray. Beide Orte liegen direkt an der Küste. In Howth machte ich eine Wanderung rund um die Halbinsel, wobei ich gleichzeitig die wunderschöne Natur geniessen konnte. In Bray besuchte ich einen Markt und machte einen Spaziergang entlang des Strandes. Nach schönen und aufschlussreichen zwei Wochen flog ich wieder zurück in die Schweiz. Dort durfte ich noch eine Woche Ferien geniessen und mich auf mein neues und erstes Schuljahr des International Baccalaureate vorbereiten.

**Linda Seiler,
Jungfreisinnige, Basadingen**

Ein persönlicher Ausflugstipp

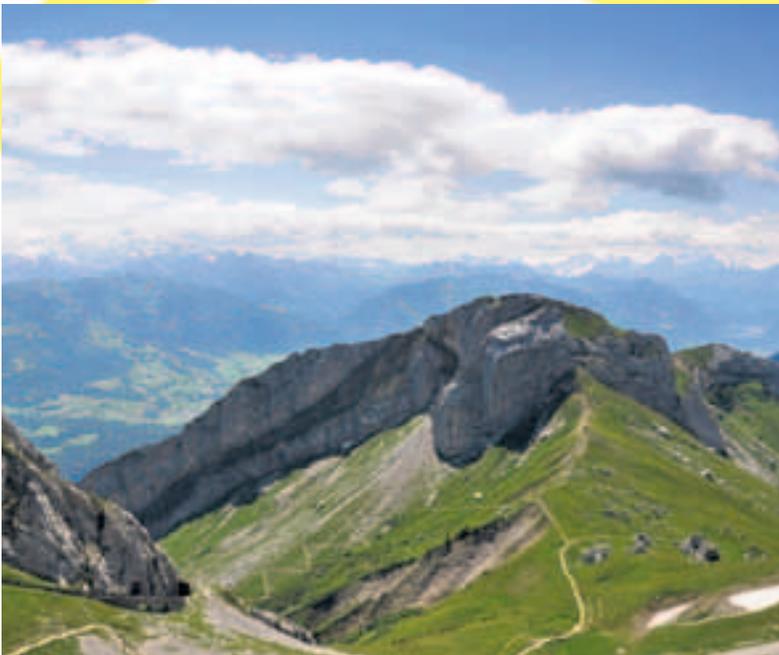
Ja, das Wetter spielte dieses Jahr mit. Wer seine Sommerferien Ende Juli, Anfang August in der Schweiz verbracht hat, wurde mit gutem Wetter belohnt. Zusammen mit meiner Familie genoss ich die Sommertage in der Innerschweiz. Bei zahlreichen Ausflügen auf die bekannten Innerschweizer Berge lernten wir neue Wege und Alpen kennen. Stundenlange Wanderungen, Auf- und Abstiege wurden durch schöne Panoramen belohnt. Schön, dass man in vielen Alpwirtschaften sehr gut essen und trinken kann. Bei Sonnenschein, Fernsicht und freundlicher Bedienung ein Mittagessen zu geniessen, ist Entspannung pur. Erfreut waren wir über die vielen speziellen Angebote für Kinder. Wir wanderten auf Zwergenwegen, auf einem Hexenpfad, auf dem Knorriweg um den Trübsee und vieles mehr. Für die Kinder werden damit die Wanderungen abwechslungsreicher und spannender.

Die Schweiz als Tourismusdestination kann ich nur weiterempfehlen. Mein persönlicher Tipp: Von Luzern mit dem Bus nach Kriens, danach mit der Gondelbahn zur Krienseregg. Auf die Kinder wartet dort ein Abenteuerspielplatz. Weiter geht es zur Fräküntegg, wo man ein Klettergarten und eine Rodelbahn findet. Nach einigen Rodelbahnabfahrten geht es mit einer weiteren Gondelbahn auf den



Pilatus. Das Bergrestaurant lädt zu einem gepflegten Mittagessen ein. Lassen Sie sich vom atemberaubenden Gipfelpanorama verzaubern und geniessen Sie die einzigartige Bergatmosphäre. Nach dem Essen geht es mit der steilsten Zahnradbahn der Welt vorbei an saftig blühenden Alpenwiesen, schäumend klaren Bergbächen und faszinierenden Felsklippen bergabwärts nach Alpnachstad. Dort wartet das Schiff, mit dem es gemütlich zurück nach Luzern geht.

**Stephan Attiger,
Stadtammann, Baden**



New York, New York

Die Reise hat meine Tochter und mich nun also doch über den grossen Teich geführt – nach New York City, wo wir zehn wunderbare Tage bei meiner Schwester verbracht haben. Gewohnt haben wir in Williamsburg, einem Teil von Brooklyn, der in den letzten Jahren regelrecht Aufbruchstimmung erlebt und Künstler, kleine Restaurants und Geschäfte beheimatet. Hier lässt

autofreien Naturschutzgebietes, in der wir Velo fahrenden Touristinnen lediglich ab und an einem Reh den Vortritt lassen mussten. Hier haben wir zwei wunderbare Tage am Atlantik verbracht und ganz nach dem Motto «in dubio prosecco» die Seele baumeln lassen.

Frisch gestärkt haben wir uns dann nochmals ins New Yorker Leben gestürzt, das Empire State Building bei



es sich nur wenige U-Bahn-Stationen entfernt vom hektischen Manhattan herrlich vom täglichen Shopping erholen. Und einkaufstechnisch lässt NYC wahrlich keine Wünsche offen, so dass – zugegeben auf hohem Niveau – über den Shopping-Stress geklagt werden darf.

Ein weiteres Highlight unserer Reise war der Ausflug auf Fire Island, eine traumhafte Insel mit tollen Stränden nur eine Zugstunde von New York City entfernt. Grösser könnten die Unterschiede zwischen der Weltmetropole und dieser zum selben Bundesstaat gehörenden Insel nicht sein: Dort pulsierendes Leben, Taxis und Hochhäuser, hier Ruhe und Idylle inmitten eines

Nacht erklimmen, den Times Square bestaunt und uns mit den wächsernen Ebenbildern diverser Persönlichkeiten bei Madame Tussauds ablichten lassen. Auch kulinarisch hat die Stadt, die niemals schläft, einiges zu bieten: Von vietnamesischer über mexikanische bis hin zu französischer und Schweizer Küche ist alles dabei, was das Herz begehrt. Nach einer tollen Zeit hiess es dann auch schon wieder: I am leaving today, I want to be a part of it – New York... und welcome back hiess uns das Fondue-Land.

**Stephanie Eymann Schneider,
Präsidentin
Sektion Diegten-Eptingen**

Die FDP International wählt einen neuen Präsidenten

An ihrer Generalversammlung am Rande des Auslandschweizerkongresses in Lausanne hat die FDP International mit François Baur einen neuen Präsidenten gewählt. Ausserdem verabschiedete sie ein Positionspapier zu Mobilität und das Jahresprogramm.

François Baur wurde von den Mitgliedern an Stelle von Samuel Lanz gewählt, der aufgrund seiner beruflichen Verpflichtungen zurücktrat, aber weiterhin im Vorstand verbleibt.

Seit seiner Jugend hat sich François Baur politisch engagiert, insbesondere bei den Jungliberalen und der Freisinnigen Partei in Rüschlikon und Zürich-10. Seit 2009 ist er im Vorstand der *FDP.Die Liberalen International* sowie Mitglied bei der *FDP.Die Liberalen Basel-Stadt*. Er ist auch Gründungsmitglied von *Radigal*. François Baur lebt in eingetragener Partnerschaft in Basel.

Zusätzlich verstärkt Eric Roesch aus Zürich



Von links: Samuel Lanz, abtretender Präsident, Nationalrat Christian Wasserfallen und François Baur, neuer Präsident.

den nunmehr achtköpfigen Vorstand (siehe hierzu die Details auf der Homepage von FDP International).

Im Übrigen nahm die Generalversammlung das Positionspapier zur Mobilität an und gab sich ein Jahresprogramm. Im kommenden Jahr wird sich die FDP International schwerpunktmässig für die Einführung des E-Voting auf allen Ebenen der Schweiz einsetzen, aber auch mit den Bedürfnissen von Schweizerinnen und Schweizern und der Unternehmen gegenüber den diplomatischen Vertretungen und konsularischen Diensten im Ausland befassen. Ausser-

dem werden die Bemühungen zur Gründung von Landesgruppen im Ausland weiter vorangetrieben. Dabei stehen die mögliche Gründung von Gruppen in Grossbritannien und Frankreich im Vordergrund. Weiterhin will der Vorstand mittels moderner Kommunikationsmittel die Beteiligung der Mitglieder im Ausland an den Entscheidungsprozessen der Partei vorantreiben.

François Baur ist 1963 in Basel geboren. Der Jurist lebte von 2003 bis Januar 2009 in Brüssel und arbeitete dort im EFTA-Sekretariat für den Europäischen Wirtschaftsraum EWR. Seit Februar 2009 leitet er das Brüsseler Büro und vertritt *Economiesuisse* und den Schweizerischen Arbeitgeberverband beim europäischen Wirtschaftsverband als deren ständiger Vertreter.

FDP.Die Liberalen International verabschiedet ein Positionspapier zur Mobilität

Das Positionspapier wurde am 18. August anlässlich der Generalversammlung am Rande des Auslandschweizerkongresses in Lausanne verabschiedet. Es befasst sich mit den verschiedenen Aspekten der Mobilität und nimmt sich der Anliegen der Schweizerinnen und Schweizer im Ausland als auch der ausländischen Expats in der Schweiz an.

Die Mobilität der Schweizerinnen und Schweizer hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Mehr als 700 000 Schweizerinnen und Schweizer leben und arbeiten heute im Ausland. Sie sind die besten und glaub-

würdigsten Botschafter der Schweiz, betonte Bundesrat Didier Burkhalter in seiner Rede vor dem Auslandschweizerkongress. Ihre Betreuung durch die Politik und Verwaltung ist deshalb zentral für unser Land.

Die politische Partizipation der fünften Schweiz ist ein langjähriges Anliegen der FDP International. Den Schweizerinnen und Schweizern im Ausland muss die Ausübung ihrer demokratischen Rechte ermöglicht und sie in den politischen Entscheidungsprozess mit einbezogen werden. Die FDP International fordert deshalb die

rasche Einführung des E-Votings sowie das Wahl- und Abstimmungsrecht für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer auf kantonaler und kommunaler Ebene.

Auch wenn die FDP International anerkennt, dass sich die konsularischen Dienste im Rahmen eines zukunftsgerichteten Botschafts- und Konsularnetzes an die internationale Entwicklung und die Verschiebung der Interessen der Schweiz im Ausland anpassen müssen, fordert sie, dass die bisher in einem Land angebotenen Konsulardienstleistungen im Falle von

Schliessungen durch geeignete Massnahmen, insbesondere im Rahmen des elektronischen Behördenverkehrs (E-Governance) ersetzt werden. Bundesrat Burkhalter stellte der 5. Schweiz in seiner Rede entsprechende Massnahmen in Aussicht.

Die FDP International fordert eine Koordination der Dienstleistungen für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer auf Bundes- und kantonaler Ebene. Ausserdem sollen Schweizerinnen und Schweizer im Ausland die Möglichkeit erhalten, sich bei Schweizer Sozialwerken versichern zu lassen.

Obligatorische Wiederholungskurse für Neulenker abschaffen

Die Zahlen der Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) sprechen eine deutliche Sprache: 2010 haben rund 90 000 Neulenker die Fahrprüfung bestanden. Diese Neulenker müssen nach der bestandenen Fahrprüfung innerhalb von drei Jahren zwei obligatorische Weiterbildungskurse à zirka 300 Franken besuchen.

Christian Wasserfallen,
Nationalrat, Bern

Die Kurskosten sind vor allem für Auszubildende oder Schüler eine enorme finanzielle Belastung. Dabei ist insbesondere der Mehrwert der Kurse äusserst fragwürdig. Die *FDP.Die Liberalen* fordert deshalb mit einer Motion die Abschaffung dieser unfairen und teuren Sippenhaftung für Neulenker.

Keine Sippenhaftung für Neulenker

Die meisten Neulenker wissen sich anständig zu verhalten und sind darum

nicht gefährlich. Weil sich einige nicht korrekt verhalten, werden alle in einen Topf geworfen und unter Generalverdacht gestellt. Besonders bedenklich: Sie lernen in den teuren Kursen wenig Neues. Deshalb sind Neulenker von der Pflicht – wie vor einigen Jahren – zu befreien. Verhält sich ein Neulenker aber falsch, muss er den Weiterbildungskurs zwingend besuchen. Dann ist der Kurs eine Chance, um Bildungslücken zu schliessen und das Fahrverhalten zu korrigieren. Das heisst: Die Wiederholungskurse soll nur noch besuchen müssen, wer ein Vergehen im Strassenverkehr beging. Im Normalfall erhält jeder Neulenker, der die Probezeit ohne Verfehlung meistert, den unbefristeten Führerausweis – die anderen absolvieren den Kurs.

Führerausweis auf Probe unbestritten

Der Mehrwert der Kurse ist generell in Frage zu stellen. Eco-Drive sowie einfache Bremsmanöver sind beispielsweise auch in der normalen praktischen Fahrausbildung problemlos erlernbar. Diesen Eindruck habe ich persönlich als Testfahrer eines solchen Kurses sammeln können. All diese grundlegenden Ausbildungsbestandteile der Neulenker müssen aber zwingend vor der Fahrprüfung geschehen, und nicht erst dann, wenn ein Neulenker schon alleine auf der

Mit E-Petition und Facebook gegen überflüssige Kosten

Zusammen mit den Jungfreisinnigen hat die *FDP.Die Liberalen* eine E-Petition und eine Facebook-Aktion lanciert, um Druck auf Parlament und Bund zu machen. Die Rückmeldungen zeigen, auf wie viel Ablehnung die Neulenker-Kurse stossen. Mit 73 Prozent Nein-Stimmen zeigt die Tagesabstimmung von «20 Minuten» vom 3. Juni 2012 zur Frage «Braucht es Weiterbildungskurse für Neulenker?» deutlich, dass die Bevölkerung unser Anliegen unterstützt und die Kurse wieder abschaffen will.

Um ein deutliches Zeichen zu setzen, braucht die Petition noch zahlreiche Unterschriften. Die Petition dazu finden Sie unter: <http://www.fdp.ch/epetition/>

Strasse fahren darf. Die Theorie in der Verkehrskunde und ein seriöser praktischer Fahrunterricht können so auf jeden Fall als Reifeprüfung für eine sichere Fahrt genügen. Der Führerausweis auf Probe ist für uns dennoch wichtig und soll bestehen bleiben. Unbestritten ist er vor allem schon nur deshalb, weil die Probezeit der Neulenker dazu führt, dass die neuen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer automatisch defensiver fahren, um nicht den Entzug des pro-

visorischen Fahrausweises zu riskieren. Dieses Damoklesschwert dürfte auch der Hauptgrund dafür sein, dass die Unfallzahlen dieser Lenkerkategorie abnehmend sind. Zahlreiche Rückmeldungen von direkt Betroffenen lassen auf jeden Fall auf diesen Zusammenhang schliessen: Den Kursen wird wenig Mehrwert beschieden, und die vorsichtige Fahrweise rührt vor allem daher, dass der hart erkämpfte Fahrausweis in der Probezeit sehr schnell wieder weg sein kann.



Kein Generalverdacht – *FDP.Die Liberalen* fordert die Abschaffung der generellen Wiederholungskurse für Neulenker und nur noch Kurse für Lenker, die sich während des Fahrausweises auf Probe ein Vergehen zu Schulden lassen kommen.

Anzeige

Mit «flexiblen Arbeitsformen» zu einer besseren Lebensqualität für die Mitarbeitenden

Microsoft ist in der Schweiz einer der Vorreiter hinsichtlich moderner Arbeitsformen. Nicole Gassler Schwengeler erklärt im «Schweizer Freisinn», welche Erfahrungen sie bei der Initiative «Live and Work» gemacht hat.

Frau Gassler Schwengeler, mit der Initiative «Live and Work» strebt Microsoft Schweiz an, einer der attraktivsten Arbeitgeber der Schweiz zu sein. Mit welchen Inhalten verbessert diese Initiative das Arbeitsklima Ihrer Mitarbeitenden?

Im Rahmen des Projekts «Live and Work» haben wir über mehrere Jahre die Art und Weise, wie wir arbeiten – individuell, im Team, teamübergreifend, aber auch mit Kunden und Partnern – durchleuchtet und basierend darauf neue Konzepte entwickelt und eingeführt. Dabei geht es stets um die drei Säulen Mensch/Kultur, Technologie und Raum. Nur wenn sie gut zusammenspielen, lässt sich ein Nutzen für alle erzielen.

Entsprach die Initiative einem Bedürfnis der Mitarbeitenden? Oder stehen die betriebswirtschaftlichen Einsparungen im Vordergrund?

Es gab eine Vielzahl von Gründen. Zum einen sind wir mit unserem stetigen Mitarbeiterzuwachs an die Kapazitätsgrenzen unseres Gebäudes gestossen und haben uns überlegt, ob wir wirklich mehr Fläche brauchen oder die Bestehende sinnvoller nutzen können. Nebst den üblichen Abwesenheiten wie Ferien/Krankheit, Kundenbesuche usw. verbringen unsere Mitarbeiter im Durchschnitt 20 bis 30 Prozent ihrer Zeit im Home Office. Mit dem Umbau konnten wir die Flächennutzung optimieren, sodass wir jetzt wieder mindestens für die nächsten fünf Jahre Platz haben. Das ist nicht nur aus Kostensicht interessant, sondern trägt auch ökologischen Überlegungen Rechnung.

Ein weiterer wichtiger Grund hat mit unserer Geschäftstätigkeit zu tun. Wir sind überzeugt, dass der richtige Einsatz von modernen Technologien zu einer besseren Lebensqualität für



Nicole Gassler Schwengeler, Leiterin Personal bei Microsoft Schweiz.

die Mitarbeitenden führt und gleichzeitig die Motivation und Produktivität erhöht, was wiederum sehr interessant ist für die Arbeitgeber. Fazit: Von flexiblen Arbeitsformen profitieren alle. Wir haben seit dem Umbau schon Hunderte Besucher durch unser neues Gebäude geführt und festgestellt, dass wir damit den Finanzchef, IT-Verantwortlichen und Personalleiter gleichermassen ansprechen.

Im Sommer 2011 arbeitete Microsoft Schweiz mit dem Experiment «Virtual Sommer» drei Monate lang ohne

«Ich arbeite regelmässig von zu Hause aus und schätze diese Möglichkeit sehr.»

Büroräumlichkeiten. Was waren Ihre positiven Erfahrungen?

Wir haben sehr viel positives Feedback unserer Mitarbeitenden bekommen. Besonders geschätzt wurden:

› Kein Arbeitsweg, kein Stau – mehr Zeit für anderes, wie das Früh-

stück mit der Familie, Sport, länger schlafen, anderen Interessen nachgehen.

› Die Möglichkeit, den Tag individueller zu gestalten und nach den eigenen Bedürfnissen zu planen.

› Weniger Unterbrüche und weniger Meetings führten zu einer höheren individuellen Produktivität.

Was für uns nicht überraschend war, aber auch wichtig zu erwähnen ist, ist, dass unsere Geschäftstätigkeit in keiner Weise unter diesem Experiment gelitten hat. Wir haben damit einmal mehr den Beweis angetreten, dass es

sich lohnt, den Mitarbeitenden zu vertrauen und sie über Zielvereinbarungen statt Präsenzzeiten zu führen.

Gab es auch negative Erkenntnisse?

Die wichtigste Erkenntnis war, dass der informelle und spontane Austausch

unter den Mitarbeitenden viel zu kurz kam und vermisst wurde. Natürlich kann die Technologie den einwandfreien Informationsaustausch sicherstellen, aber sie wird nie die menschlichen Begegnungen ersetzen können. Das Experiment hat somit auch unsere Überzeugung bekräftigt, dass das Büro auch in Zukunft enorm wichtig bleibt, aber in einer anderen Funktion. Das individuelle Arbeiten vor Ort verliert an Bedeutung; das Büro wird immer mehr zum Begegnungsort für Mitarbeiter, Kunden und Partner.

Haben alle Ihre Mitarbeiter die Chance, von besonderen Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodellen zu profitieren? Ja, diese Möglichkeit bieten wir allen Mitarbeitenden an.

Die Möglichkeit des Home Office soll die Gesundheit und Lebensqualität der Mitarbeitenden erhöhen und die Burn-out-Rate senken. Besteht jedoch nicht gerade durch die enge Verknüpfung von Arbeits- und Privatleben eine erhöhte Gefahr einer gewissen Isolation, dauernden Verfügbarkeit und mangelnden Abgrenzung der Mitarbeitenden?

Microsoft Schweiz hat sich seit der Gründung im Jahr 1989 mit einem kontinuierlichen, kontrollierten Wachstum vom Kleinbetrieb mit drei Angestellten zu einer Firma mittlerer Grösse entwickelt. Aktuell beschäftigen wir 580 Mitarbeiter. Der Hauptsitz von Microsoft Schweiz befindet sich in Wallisellen (bei Zürich), mit Büros in Bern, Basel, Alpnach und Genf. Die Schweizer Niederlassung ist punkto Umsatz auf Rang 13 der weltweit 168 Microsoft-Niederlassungen.

Ja, diese Gefahr besteht. Die Einführung flexibler Arbeitsformen ist deshalb auch nicht «Revolution», sondern «Evolution». Das heisst, sie muss sorgfältig und langfristig geplant und begleitet werden. Wir bieten zahlreiche Workshops zu diesem Thema. Natürlich ist es auch eine Führungsaufgabe, sicherzustellen, dass der Mitarbeiter diese Abgrenzung schafft und

glaube, dass ein Mitarbeiter, der physisch vor Ort ist, auch produktiv ist. Wir stellen ganz klar fest, dass unsere Mitarbeitenden die flexiblen Arbeitsformen sehr schätzen und dies zu einer höheren Motivation führt. Motivierte Mitarbeiter schaffen wiederum zufriedene Kunden – was wollen wir mehr? Aber Sie haben Recht, die Führungspersonen werden mit flexiblen

«Natürlich kann die Technologie den einwandfreien Informationsaustausch sicherstellen, aber sie wird nie die menschlichen Begegnungen ersetzen können.»

seine Arbeitsweise mit den persönlichen Bedürfnissen vereinbar ist.

Ich bin aber ganz klar der Meinung, dass flexible Arbeitsformen, richtig eingesetzt und begleitet, zu einer Erhöhung der Lebensqualität führen. Wenn man beispielsweise mitten am Nachmittag die Theateraufführung des Kindes besuchen kann, ist man sicher auch eher bereit, am Abend oder Wochenende Liegegebliebenes zu erledigen.

Das Baby hat Hunger, das Kleinkind will spielen – ist ein konzentriertes und produktives Arbeiten für Eltern von zu Hause aus überhaupt möglich, oder empfehlen Sie jungen Eltern, ihre Kinder auch bei Home Office fremdbetreuen zu lassen?

Wir sind ganz klar der Meinung, dass auch bei der Arbeit im Home Office eine Betreuungslösung für die Kinder organisiert werden muss, alles andere funktioniert nicht. Natürlich gibt es Ausnahmesituationen, etwa wenn das Kind krank ist, wo es auch mal möglich ist, dann zu arbeiten, wenn das Kind schläft.

Die Tatsache, dass die Mitarbeitenden nicht vor Ort sind und damit ihre Präsenz und Arbeitsleistung nicht direkt kontrolliert werden kann, stellt hohe Ansprüche an die Führungsetage. Welche Kontrollmechanismen oder Führungsgrundsätze werden bei Microsoft Schweiz umgesetzt?

Wir führen über verbindliche individuelle Zielvereinbarungen. Dadurch ist die Arbeitsleistung sehr direkt mess- und kontrollierbar. Es ist ein Irr-

Arbeitsformen viel stärker gefordert als früher. Sie müssen sich weg vom «Trommler auf der Galeere» hin zum persönlichen Coach entwickeln.

Lebt die Chefetage von Microsoft Schweiz die neue Initiative vor?

Selbstverständlich – wir haben nicht mal eine Chefetage. Bei uns hat niemand ein Einzelbüro, aber jeder Mitarbeiter kann aus 18 unterschiedlichen Raumtypen frei auswählen, je nach Arbeitssituation und persönlicher Präferenz. Wie erwähnt geht es aber weit über das Thema Raum hinaus – wir möchten eine Kultur schaffen und le-

Beschrieb Experiment Virtual Summer

Letzten Sommer hat sich Microsoft Schweiz auf ein spezielles Experiment eingelassen: «Virtual Summer». Der Projektbeschreibung ist simpel: Der Microsoft-Schweiz-Hauptsitz in Wallisellen wurde für drei Monate geschlossen und alle Mitarbeitenden ins Home Office geschickt. Dies wurde als pragmatischste Variante gewählt für die Realisierung des seit langem geplanten Büroumbaus. Das Fazit: Die Geschäftstätigkeit konnte erfolgreich fortgesetzt werden, die Mitarbeitenden fanden das Experiment spannend und bereichernd. Dennoch kam auch klar zum Ausdruck, wie wichtig der persönliche Kontakt und das Büro als Begegnungsort sind.

ben, in der jeder sich individuell einbringen kann und die Möglichkeit hat, berufliche und private Prioritäten unter einen Hut zu bringen. Dies setzt einen ständigen Dialog und Austausch voraus – hier sind unsere Mitarbeitenden und Führungskräfte gefordert. Ich

hause aus und schätze diese Möglichkeit sehr. Da ich selbst Mutter eines Kleinkindes bin, ist es für mich wichtig, meinen Sohn während dieser Zeit extern betreut zu haben. Meine Erfahrungen mit Home Office sind sehr positiv. Typische Arbeiten, die ich

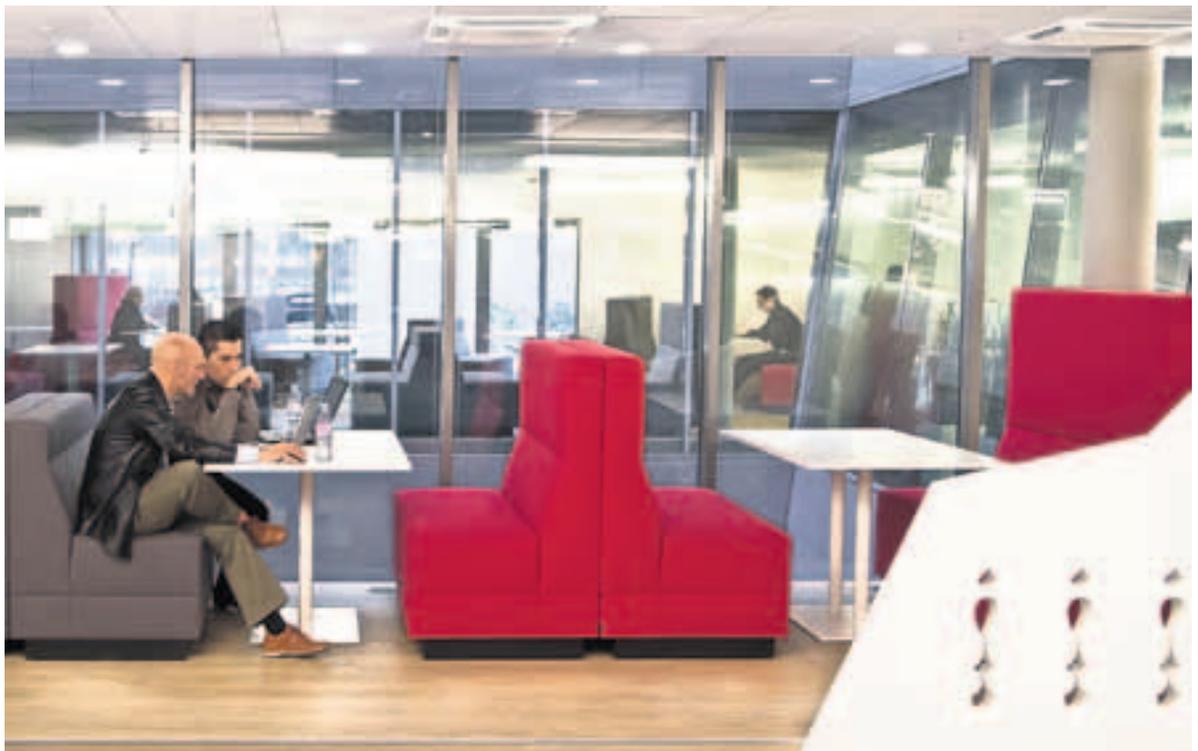
«Die Einführung flexibler Arbeitsformen ist nicht «Revolution», sondern «Evolution».»

glaube aber, dass wir sehr gut unterwegs sind und schon viel erreicht haben.

Arbeiten Sie auch von zu Hause aus? Wenn ja, was sind Ihre persönlichen Erfahrungen?

Ja, ich arbeite regelmässig von zu

dann erledige, sind Telefongespräche, Bearbeiten der Mails, Erstellen von Präsentationen, Vorbereitung von Referaten usw. Alles, was eine erhöhte Konzentration voraussetzt. Positiv ist auch, dass ich viel speditiver und fokussierter Themen angehen und bearbeiten kann.



Keine Einzelbüros mehr, dafür viel Platz, um den direkten Austausch zu fördern – das neue Raumkonzept von Microsoft.



Kleider machen Leute – die Teilnehmer des Fraktionsausfluges kleiden sich vor der Werksführung ein.



Guido Schommer und Nationalrat Andrea Caroni am Fachsimpeln.

Fraktionsausflug

Eine Hommage an Otto Ineichen

Was mit einer traurigen Nachricht begann, wurde zu einem würdigen Ausflug in die Stammlanden von Otto Ineichen. Die FDP-Fraktion und ihre Gäste trauerten mit einem Lächeln im Gesicht ob der vielen schönen Erinnerungen um ihren Weggefährten und Freund.

Der diesjährige Fraktionsausflug der *FDP.Die Liberalen* begann mit einer schockierenden Nachricht. Trotz der tiefen Betroffenheit aller Anwesenden über den plötzlichen Tod von Nationalrat Otto Ineichen Stunden zuvor entschloss sich die Parteileitung, den Fraktionsausflug durchzuführen. «Es wäre nicht im Sinne von Otto, den Ausflug abzusagen. Er hätte gewollt, dass wir trotzdem gehen», zeigte sich Fraktionspräsidentin Gabi Huber überzeugt. Dass der Ausflug die FDP-Fraktion und ihre Gäste in die Heimat von Otto Ineichen führte, machte ihn zu

einer besonderen Hommage an den verstorbenen Nationalrat.

Die Entstehungsgeschichte einer Zahnbürste

Jeden Tag im Einsatz und voller High-tech – bei der TRISA AG erlebten die FDP-Ausflügler die Entstehungsgeschichte einer Zahnbürste hautnah. Interessiert wurden die verschiedenen Fertigungsschritte verfolgt, neue Modelle begutachtet und die Präzision der Maschinen bestaunt. Die Mitarbeitenden der TRISA AG führten kompetent und unterhaltsam durch die Werkstät-

ten und informierten auch über das Energiekonzept der seit 1887 im luzernischen Triengen tätigen Firma.

Innovation und Unternehmertum gelobt

Beim anschliessenden Apéro im Gemeindehaus von Triengen orientierte der Gemeindepräsident Martin Ulrich über die von Otto Ineichen initiierte Energiepolitik und deren Auswirkungen für die Gemeinde. Es wurde allen Anwesenden deutlich, wie sehr sich Otto Ineichen in seinem Heimatkanton für die Umsetzung unbürokratischer,

energiesparender und nachhaltiger Massnahmen einsetzte. In den vorgestellten Projekten war der verstorbene Nationalrat ebenso präsent wie in den Worten des Bundesrates Johann Schneider Ammann, der nicht nur die Arbeit des Luzerners würdigte, sondern auch die Bedeutung der Bemühungen um eine innovative, leistungsfähige und traditionelle Wirtschaft im Raum Triengen betonte.

Den Abschluss des Fraktionsausfluges bildete ein gemütliches Nachtessen auf dem Willihof zusammen mit der lokalen Bevölkerung.



Die Nationalräte Albert Vitali und Daniela Schneeberger freuen sich auf die Köstlichkeiten vom Grill.



Beim gemütlichen Essen in der Scheune des Willihofs liess die Fraktion ihren Ausflug ausklingen.

Nachruf

Danke Otto!

Am 6. Juni 2012 hörte das nimmermüde Krampferherz von Otto Ineichen unerwartet und plötzlich auf zu schlagen. Die Würdigung eines aussergewöhnlichen Politikers.

«Otto war so, wie ich mir die FDP wünsche», äusserte sich Parteipräsident Phillip Müller über seinen langjährigen Weggefährten Otto Ineichen nach dessen plötzlichem Ableben. «Mit Otto haben wir einen Menschen verloren, der in kein Schema, in kein Raster passte.» Tatsächlich war Otto Ineichen ein einzigartiger Mensch, voller Energie, voller Tatendrang, immer unterwegs für seine zahlreichen Projekte. Otto Ineichen war ein Vollblutunternehmer, ein Macher, ein Krampfer.

Seine Projekte leben weiter

Seit seinem Einzug in den Nationalrat 2003 hatte sich der in Sursee geborene Politiker nicht in erster Linie um den Parlamentsbetrieb gekümmert. Er war nicht der Debattierer in den Kommissionen, der sich stundenlang mit einzelnen Paragraphen oder Gesetzestexten herumschlagen wollte. Ihm kam eine andere Rolle zu: Otto Ineichen war der Ideenlieferant, der Netzwerker, der kreative Kopf, der mit seinen fantastischen Ideen in der Fraktion oder auf



Lieber Otto, danke für alles, was du für die FDP und für die Menschen in diesem Land getan hast. Wir vermissen dich.

dem Generalsekretariat anklopfte und gelegentlich auch für Kopfschütteln sorgte. Jedoch war Otto Ineichen nicht bloss ein Ideenbastler und Vordenker, er vermochte Pragmatismus und Rea-

litätssinn mit seiner Kreativität zu verknüpfen, um so Projekte realisieren zu können, die überparteiliche Akzeptanz fanden.

Otto Ineichen haben wir Einrichtung-

gen wie die Energieallianz, Speranza oder die Krippenprojekte zu verdanken. Seine Projekte waren symptomatisch, für seine Art Politik zu betreiben. Der Luzerner war kein abgehobener Politgeneral, der vom hohen Ross aus das Treiben beobachtete und Befehle erteilte. Stets war er mitten im Geschehen zu finden und vermochte durch seine Begeisterungsfähigkeit Allianzen über die Parteigrenzen hinweg zu schliessen.

Er liebte das Handeln, doch noch viel mehr liebte er die Menschen. Dies merkte jeder, der mit ihm zu tun hatte. Stets hatte Otto Ineichen ein Herz für die weniger gut Bemittelten und war bereit, anderen Menschen eine zweite Chance zu geben. Seine Offenheit und Direktheit bewunderten viele seiner Weggefährten.

«Otto konnte von sich sagen «Läck, ich habe einen Seich angerichtet, ich habe einen Fehler gemacht.» Diese Selbstkritik, diese konsequente Offenheit habe ich sonst noch nie gesehen. Er war sich nicht zu schade für solche Selbstreflexionen», erinnert sich Philipp Müller. Nicht nur diese Fähigkeit zur Demut, sondern noch unzählige andere bemerkenswerte Eigenschaften machten Otto Ineichen zu einem absoluten Unikat.

Eine Lücke, die schmerzt

Otto Ineichen wird ohne Frage eine grosse Lücke in der FDP und der Schweizer Politik hinterlassen. Ein wertvolles Aushängeschild der FDP trat viel zu früh, viel zu plötzlich und unwiederbringlich aus unseren Reihen. Treffender als Parteipräsident Philipp Müller lässt sich der Verlust von Otto Ineichen nicht beschreiben: «Ein Tag ohne Anruf von Otto ist ein langweiliger, ein trauriger Tag.» Die FDP hat einen besonderen Freund verloren, dessen Engagement, motivierendes Charisma und herzhaftes Lachen allen fehlen wird.



Otto Ineichen war sich nie zu schade, selber die Ärmel hochzukrempeln und mitanzupacken.



2009 wurde Otto Ineichen von der Schweizer Bevölkerung zum beliebtesten Politiker gewählt.

Minder-Initiative

Starre Vorschriften oder liberales Aktienrecht: Sie entscheiden

«Noch mehr Millionen für die Manager», «Revolte des Kapitals», «Aufstand gegen Manager-Gier» – Meldungen über die überzogenen Löhne der CEOs überschlugen sich alljährlich.

Gabi Huber, Nationalrätin UR

Die Volksseele empört sich, die Medien nehmen die Empörung dankbar auf, und an den früher beschaulichen Generalversammlungen fallen immer harschere Aktionärsvoten. Denn tatsächlich haben in den letzten Jahren eine kleine Anzahl Unternehmen und so genannte Topmanager auch in der Schweiz das Mass verloren. Das Gegenrezept besteht aber nicht aus blindwütigen und starren Regulierungen. Vielmehr sind gezielte Verbesserungen angesagt, das heisst konkret: eine bessere Corporate Governance – also mehr Transparenz – und die Stärkung der Eigentümerrechte. Und genau aus diesem Grund muss die Minder-Initiative am 3. März 2013 dringend abgelehnt werden.

Der Auftrag ist klar

Entschädigungen, die eine Unternehmung ihren Führungsleuten bezahlt, müssen nachvollziehbar und erklärbar sein. Deshalb sollen die Aktionäre über die Ausgestaltung und Höhe von Vergütungen aller Art mitreden können. Das sind sowohl die Anliegen der Minder-Volksinitiative als auch des

Volkswirtschaftliche Auswirkungen

Exzesse bei Entschädigungssystemen und Fehler in der Corporate Governance werden von der FDP-Liberale-Fraktion scharf kritisiert. Es gilt deshalb, Abhilfe zu schaffen – aber am richtigen Ort und mit den richtigen Mitteln. Übertreibungen einiger weniger dürfen nicht die Arbeitsplätze Zehntausender Bürgerinnen und Bürger gefährden. Mit einem JA zur Initiative müsste die Schweiz das starrste Aktienrecht der Welt einführen. Für unsere Unternehmen wäre dies eine massive Verschlechterung der Standortbedingungen gegenüber dem Ausland. Sitzver-

legungen wären die Folge und damit verbunden: Verlust von Arbeitsplätzen sowie Steuerausfälle. Denn auch Unternehmen und hochqualifizierte Angestellte sind gute Steuerzahler. Die Schweiz gehört heute zu den wettbewerbsfähigsten Ländern der Welt. Dieser Ausgangslage muss Sorge getragen werden. Der hohe Schweizer Franken setzt unsere Unternehmen enorm unter Druck. Neue Wettbewerber holen auf. Im Inland will die radikalisierte Linke die Marktwirtschaft abschaffen und führt eine Dauer-Neiddebatte gegen Unternehmer. Selbst-



verordneter aktienrechtlicher Fundamentalismus in der Bundesverfassung in einer Zeit, die auch schon mit «Wirtschaftskrieg» umschrieben wurde, wäre da geradezu makaber.

indirekten Gegenvorschlags. Während die Minder-Initiative diese Ziele mit unzähligen Abstimmungen über Vergütungen, Verboten, Einschränkungen und Freiheitsstrafen erreichen will, ist der Gesetzesvorschlag des Parlamentes gleichzeitig effizient und praktikabel. Neben Bestimmungen, die mit jenen der Initiative identisch sind, erhalten die Aktionäre durch Opting-in oder Opting-out die Möglichkeit, im

Sinne der Initiative zu entscheiden. Damit übernehmen sie nicht nur Verantwortung, sondern sie erhalten auch die entsprechenden Mittel zur Vermeidung von Exzessen.

Die Rechnung ohne den Aktionär gemacht

In der Tabelle unten ist anhand einer Gegenüberstellung von drei Forderungen der Minder-Initiative und des in-

direkten Gegenvorschlags ersichtlich, wie dasselbe Anliegen auf unterschiedliche Weise – einerseits à la Minder, andererseits nach dem Vorschlag des Parlamentes – angegangen wird.

Die Gegenüberstellung zeigt: Die Initiative schränkt die Aktionäre bzw. ihre Eigenverantwortung mit Zwang ein und kriminalisiert alle und alles Mögliche. Wer Missstände wirklich beheben will, stärkt die Rechte der Aktionäre mit dem notwendigen Entscheidungsspielraum im Sinne des Gegenvorschlags und damit im Sinne unserer bewährten liberalen Gesetzgebungstradition.

Damit das Schweizer Aktienrecht nicht zu einem starren, freiheitsfeindlichen Gebilde wird, gilt es am 3. März 2013 NEIN zur Minder-Initiative zu stimmen. Ein NEIN zu Minder ist aber kein Ja zu hohen Boni und zu Exzessen, sondern ein JA zum indirekten Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe. Nur so können die Rechte der Aktionäre tatsächlich gestärkt und der Kampf gegen Übertreibungen rasch in Angriff genommen werden.

Minder-Initiative

Die GV muss jährlich bindend über die Gesamtsumme aller Vergütungen der Geschäftsleitung abstimmen.

Die GV muss jährlich einzeln die Mitglieder des VR und den VR-Präsidenten wählen.

Widerhandlungen gegen die Bestimmungen der Initiative werden mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren und Geldstrafe bis zu sechs Jahresvergütungen bestraft.

Indirekter Gegenvorschlag

Die GV stimmt jährlich über die Gesamtsumme aller Vergütungen der Geschäftsleitung ab, aber die Aktionäre legen selbst fest, ob den Beschlüssen bindende oder konsultative Wirkung zukommt.

Die Einzelwahl aller VR-Mitglieder ist Pflicht. Die Aktionäre können die Bestimmung des VR-Präsidenten in den Statuten dem VR übertragen und auch eine längere Amtsdauer als ein Jahr, aber höchstens eine von drei Jahren festlegen.

Es gibt keine Vermischung zwischen Strafrecht und Aktienrecht. Dafür kann die GV beschliessen, dass die Gesellschaft im Schadenfall Verantwortlichkeitsklage erheben muss.

Die FDP-Forderung endlich umsetzen

Seit 2009 fordert *FDP.Die Liberalen* die Einführung von Abgeltungssteuerabkommen als zentralen Schritt in Richtung eines sauberen und starken Finanzplatzes. Doch die Abkommen sind durch machtpolitische Spiele von Links und Rechts gefährdet.

Der Druck auf das Schweizer Bankgeheimnis und den Finanzplatz nimmt laufend zu, und dadurch wird die Gefahr des automatischen Informationsaustausches immer grösser. Diesen will die FDP unbedingt verhindern. Deshalb stimmt die FDP den Steuerabkommen für eine Abgeltungssteuer mit Deutschland, Grossbritannien und Österreich zu. Die Abkommen – insbesondere jenes mit Deutschland – sind, nachdem die Schweiz unter Eveline Widmer-Schlumpf grosse Zugeständnisse gemacht hat, nicht optimal. Dennoch überwiegen die Vorteile nach wie vor. Bereits seit 2009 sind Abgeltungssteuerabkommen eine zentrale Forderung der FDP. Als Finanzminister handelte Hans-Rudolf Merz die Eckpunkte des vorliegenden Vertrags mit Deutschland vor seinem Rücktritt aus und schuf so die Voraussetzungen für einen weiteren Schritt in Richtung eines sauberen und starken Finanzplatzes Schweiz.

Ein staatspolitischer Scherbenhaufen

Ein Scheitern der Abkommen hätte weitreichende Folgen und den Druck auf unser Land zur Einführung des automatischen Informationsaustausches massiv erhöhen. Trotzdem sammeln linke und rechte Gruppierungen Unterschriften für ein Referendum gegen die Abkommen mit Deutschland, Österreich und Grossbritannien. Mit ihren machtpolitischen Spielen gefährden AUNS und SP als unheilige Allianz

Arbeitsplätze und Wohlstand in der Schweiz. Die SVP betreibt eine fahrlässige «Kopf-in-den-Sand»-Politik und öffnet mit dieser Verweigerungshaltung den Erpressungsversuchen der SP Tür und Tor. Die Linken machen wie so oft Politik gegen den Werk- und Finanzplatz Schweiz und fordern die Einführung des direkten Informationsaustausches und damit den gläsernen Bür-

wie die Zulassung von Gruppenanfragen, welche aktuell auf internationaler Ebene diskutiert werden.

Das deutsche Parlament tut gut daran, diese Chance zu nutzen und das Abkommen zu ratifizieren, statt den linken Wahlkämpfern in einzelnen Bundesländern hinterherzulaufen. Das Abkommen ist gerade für Deutschland von Vorteil, denn es löst die Altgeld-

reicht. Es dürfen keine weiteren Zugeständnisse gemacht werden. Zudem ist begrüssenswert, dass der Bundesrat Gespräche mit weiteren Ländern aufnimmt, um die erste Adresse für die Verwaltung von steuerkonformen Geldern zu werden. Unabhängig davon muss der Steuerstreit mit der EU entschlossen mit einer neuen Unternehmenssteuerreform III angepackt wer-



Klare Abkommen statt unkontrollierter Vermögensabfluss: dank den Abgeltungssteuerabkommen bleibt die Privatsphäre von ausländischen Bankkunden geschützt, ihr Vermögen wird aber gesetzeskonform und sauber versteuert.

ger. Es ist für die Zukunft der Schweiz entscheidend, dieses Trauerspiel jetzt zu beenden und im Interesse unseres Landes zur Vernunft zu kommen.

Klare Regelung zur Steigerung der Attraktivität des Finanzplatzes Schweiz

Mit den Abkommen bleiben Fishing-Expeditionen (Käufe von Steuer-CDs) von Steuerbehörden ebenso verboten

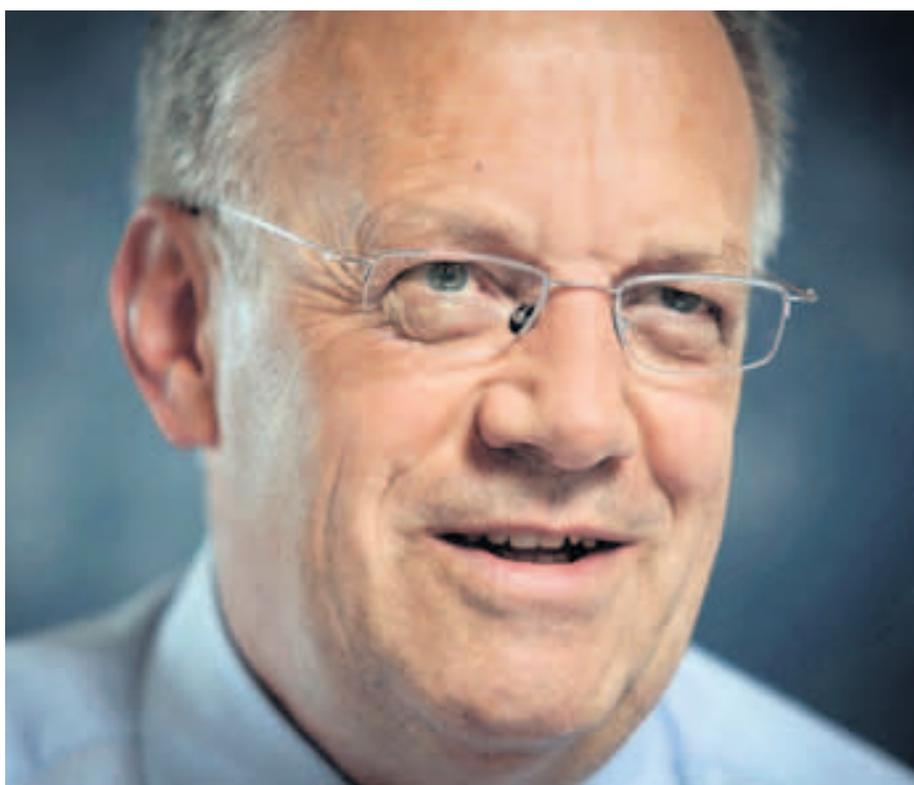
frage, und deutsche Bürger mit Konten in der Schweiz bezahlen zukünftig Steuern, ohne ihre Privatsphäre zu verlieren. Deutschland kann in der Schweiz liegende Vermögen Deutscher besteuern, die Gefahr eines Vermögensabflusses in unregulierte Finanzplätze wird reduziert. Unser Nachbarland hat der Schweiz einen harten Kompromiss abgerungen, das Ende der Fahnenstange ist jedoch er-

den, damit unser Standort weiter an Attraktivität gewinnt.

Mit der Abgeltungssteuer ermöglichen wir einen sauberen und starken Schweizer Finanzplatz für die Zukunft. Eine unheilige Allianz von Juso, AUNS und deutschen Linken will diesen Weg blockieren und schadet damit unserem Land. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass das nicht gelingt – aus Liebe zur Schweiz!

Unsere Landwirtschaft stärken und wettbewerbsfähiger machen!

Wir haben eine Landwirtschaft, welche die Bevölkerung unseres dicht besiedelten Landes zu mehr als der Hälfte versorgt. Die Agrarpolitik 2014–2017 (AP 14–17), die jetzt in die parlamentarische Beratung kommt, ist ein weiterer wichtiger Reformschritt in die richtige Richtung. Eine konsequente Weiterentwicklung der Landwirtschaft und der Agrarpolitik ist nötig, um die weltweiten Entwicklungen und Herausforderungen anzunehmen und auch dem nationalen Handlungsbedarf nachzukommen.



Liebe Freisinnige, liebe Parteimitglieder

Die Schweizer Landwirtschaft soll im internationalen Vergleich an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen; dies sowohl durch eine bessere Positionierung ihrer Produkte auf den Märkten, als auch durch eine deutliche Senkung der Fremdkosten. Dadurch ist sie in der Lage, sich in offeneren Agrarmärkten weiterzuentwickeln. Sie soll in Umwelt- und Tierschutzbelangen ganz vorne dabei sein, dies unterstützt die Wettbewerbsfähigkeit in den künftigen Nahrungsmittelmärkten. Gleichzeitig soll sie die Ressourcen effizienter nutzen. Damit sie diese Ziele erreicht, wird die Landwirtschaft vom Bund unterstützt; die Abweichung von inter-

nationalen Standards sowie grundsätzliches Marktversagen in gewissen Bereichen rechtfertigen dies.

Weiterentwickeltes Direktzahlungssystem

Folgerichtig hat die Agrarpolitik (AP) 2014–17 zwei Hauptschwerpunkte: Sie verbessert einerseits die Voraussetzungen für eine sichere und wettbewerbsfähige Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Damit wird Artikel 104 der Bundesverfassung erfüllt, der die Landwirtschaft beauftragt, einen wesentlichen Beitrag an die Versorgung zu leisten. Andererseits verbessert die AP 2014–17 die Bedingungen für ressourceneffizientere, umweltschonendere Produktions-

weisen, die gleichzeitig Raum schaffen für die Biodiversität und zusätzliches Tierwohl.

Kernstück der Vorlage ist ein weiterentwickeltes Direktzahlungssystem. Es unterstützt ganz gezielt jene Leistungen, die ohne Direktzahlungen nicht oder nicht genügend angeboten würden beziehungsweise vorhanden wären. Deshalb beziehen sich die Beiträge auf die Themen: Versorgungssicherheit, Kulturlandschaft, «extensivere» Produktionssysteme, Biodiversität, Ressourceneffizienz und Landschaftsqualität.

Dass die Strukturkosten der Landwirtschaft das Ihrige beitragen, die Ausgaben des Bundes

eher hoch als tief zu halten, ist bekannt. Dies ist der Grund, weshalb die Vorlage AP 14–17 grosses Gewicht darauf legt, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Je besser es der Landwirtschaft gelingt, sich an Innovation und Qualität zu orientieren und die Kosten zu senken, desto stärker kann sich die Agrarpolitik auf die Leistungen konzentrieren, die der Markt nicht oder zu wenig erbringt, wie eben Artenvielfalt oder Landschaftsschutz.

Die Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK-N) hat sich im Wesentlichen dem bundesrätlichen Vorschlag zur AP 14–17 angeschlossen. Dies aus der Einsicht, dass unser Konzept der beste und nachhaltigste Weg zur Produktionsförderung einerseits

und der Respektierung der ökologischen Aspekte andererseits ist. Ich bin zuversichtlich, dass sich der Nationalrat seiner vorberatenden Kommission anschliessen wird.

Die bundesrätlichen Vorschläge der AP 14–17 erwirken auch Effizienzsteigerungen. Eine Voraussetzung, um sich den Märkten kompetitiv stellen zu können, die sich mehr und mehr öffnen. Es ist weitherum anerkannt, dass der Einkaufstourismus nur mit Reformen im Innern pariert werden kann.

Gedankenaustausch über Freihandel

Mit dieser Einsicht hat sich letzthin auch eine sehr konstruktive Aussprache über das angestrebte Freihandelsabkommen der Schweiz mit China ergeben. Am Tisch sassen Vertreter der Land- und Ernährungswirtschaft, der Industrie und der Dienstleistungen. Zwar konnte nicht über die Details debattiert werden, und bekanntlich liegt der Teufel im Detail. Aber die Teilnehmenden zeigten rundum ein grosses Interesse oder zumindest Verständnis für den angestrebten Schritt. Ich bin zuversichtlich, dass wir uns in den kommenden Monaten einem Abschluss der Verhandlungen nähern; dies natürlich, ohne dass die Landwirtschaft «geopfert» wird!

Die FDP hat mich in meiner Landwirtschaftspolitik aktiv unterstützt. Dafür möchte ich danken. Wir haben aber noch viel Arbeit vor uns. Es ist mir eine Ehre, die Landwirtschaft in unserem Land auch künftig sowohl zu stärken als auch wettbewerbsfähiger zu machen!

**Ihr Bundesrat
Johann Schneider-Ammann**

Schutz vor Passivrauchen

Salamitaktik par excellence



Am 1. Mai 2010 ist das Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen in Kraft getreten. Das Gesetz ist ein breit abgestützter Kompromiss, der schweizweit den Schutz vor Passivrauchen garantiert und die Möglichkeit für strengere kantonale Regelungen offen lässt.

Ruedi Noser,
Nationalrat, ZH

Die letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass sich dieses Gesetz bewährt. Die Lungenliga hat aber bereits zwei Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes eine neue, radikale Initiative eingereicht. Sie war nie zu einem Kompromiss bereit und wollte die Auswirkungen des bestehenden Gesetzes nicht abwarten. Diese Zwängerei muss abgelehnt werden.

Das Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen verbietet grundsätzlich das Rauchen in geschlossenen Räumen, die öffentlich zugänglich sind oder mehreren Personen als Arbeitsplatz dienen. Fumoirs sind grundsätzlich erlaubt. Dies aber nur, wenn sie ausreichend belüftet und dicht abgetrennt sind. Darüber hinaus darf in Gastbetrieben, die kleiner als 80 Quadratmeter sind, geraucht werden. Aber auch hier gibt es strenge Vorschriften. Raucherlokale müssen als solche gekennzeichnet sein, eine gute Belüftung haben und von der zuständigen Behörde bewilligt werden. Um diesen Vorschriften gerecht zu werden, haben Gaststätten in der ganzen Schweiz bereits Tausende von Franken ausgegeben. Bei einem Ja zur Initiative hätten die Betriebe vergebens investiert. Diese Investitionen müssen



Ruedi Noser

gesichert und Rechtssicherheit geschaffen werden.

Eingriff in die persönliche Freiheit

Zusätzlich zum Bundesgesetz steht es den Kantonen heute offen, strengere Vorschriften zu erlassen. Das Gesetz lässt den Kantonen damit die Aufgabenautonomie, die es ihnen ermöglicht, auf regionale Beschaffenheit einzugehen. Lungenliga und Mitinitianten ist genau diese Freiheit ein Dorn im Auge. Sie wollen ein Gesetz, welches für alle gleich – in diesem Fall gleich radikal – ist. Heute lässt man dem Bürger die Frage, ob er in ein Raucherlokal gehen will, noch selber beantworten. Wieso soll diese Entscheidung in Zukunft der Staat treffen?

Die Kantone sind heute zuständig für das Schulwesen, die Betagten- und Behindertenhilfe, wirken an der Vorbereitung ausserpolitischer Entscheidungen mit, können in ihrem Zuständigkeitsbereich gar Verträge mit dem Ausland schliessen usw. Aber die Entscheidung darüber, ob sie bediente Fumoirs erlauben wollen oder nicht oder Raucherlokale unter 80 Quadratmeter genehmigen oder nicht, soll man den Kantonen und seinen Bürgern nicht überlassen können?

Das ist nur der Anfang

Die Initiative verlangt ein radikales Rauchverbot an allen Altersheimen, Universitäten, Theatern, Billardcentren, Casinos, Cafés, Bars usw. Weiter soll das Rauchen an allen Einzelarbeitsplätzen – also beispielsweise das Office eines Ein-Mann-KMU, die Fahrerkabine eines Lastwagenchauffeurs oder die bedienten Fumoirs – komplett verboten werden. Vor dem Hintergrund, dass das Ziel der Initianten der verschärfte Schutz vor Passivrauchen ist, stellt sich die Frage, wen man an einem Einzelarbeitsplatz davor schützen muss ... Ein Blick nach Genf zeigt aber: Dies ist erst der Anfang. Gerade erst im Juni hat eine Gruppe

von Genfer Bürgern eine weitere Initiative zum Schutz vor Passivrauchen lanciert, die Unterschriftensammlung läuft. Sie verlangt unter anderem:

- › Ein grundsätzliches Verbot von Fumoirs
- › Rauchverbot im Freien im Umkreis von bestimmten Orten wie Spitätern oder Altersheimen

Auch haben weitere Kreise neue Initiativen angekündigt, die das Rauchverbot noch weiter verschärfen wollen. Diese Salamitaktik ist unehrlich und muss bereits heute gestoppt werden. *FDP.Die Liberalen* setzt sich deshalb für ein Nein zur Rauchverbots-Initiative ein.

FDP
Die Liberalen

Radikales Rauchverbot?

Am 23. September

NEIN

www.vernuenftig-bleiben.ch

Parole der FDP.Die Liberalen

Die Delegierten fassten am 23. Juni 2012 in St-Maurice mit 173 zu 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen deutlich die NEIN-Parole. Damit haben sie sich dem Bundesrat und Parlament angeschlossen, welche die Initiative «Schutz vor Passivrauchen» ebenfalls deutlich zur Ablehnung empfehlen.

Radikales Rauchverbot?

Am 23. September

NEIN

www.vernuenftig-bleiben.ch